

# Dresdener Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.  
Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gedr. Krüger, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Anzeigenbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen monatlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich monatlich 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7-jährige Zeitungsmitteilung mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Streifenanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr nach in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 112.

Dresden, Donnerstag den 16. Mai 1918.

29. Jahrg.

## Die Fortdauer der Operationspause.

Von Richard Wäbke.

Die Operationspause, in der wir uns seit Wochen befinden, hat bis zum 13. Mai immer noch fortgedauert. Wir wissen, daß sie auf deutscher Seite durch notwendige Vorbereitungen hinter der Front bedingt worden ist, und wir haben gehört, daß ein Angriffsunternehmen dieses Baires nicht in einem Zuge bis zu Ende geführt werden kann. In jedem großen Kriege sind derartige längere oder kürzere Pausen eingetreten; sogar in dem unerhörten siegreichen Feldzuge Napoleons I. gegen Preußen im Jahre 1806/07 ergab sich eine monatelange Unterbrechung der Unternehmungen während des Winters zwischen den Schlachten von Br. Colau und bei Heilsberg. Im Feldzuge von 1809 sehen wir eine Pause von sechs Wochen zwischen den Schlachten von Alverna (21. 22. Mai) und von Wagram (5./6. Juli). Ganz die gleichen Erscheinungen traten in dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71, obwohl er ungewöhnlich rasch und in ungewöhnlich großen und siegreichen Schritten verlief, zu Tage. Endlich grünte uns auch der russisch-japanische Krieg von 1904 bis lange, die Truppen scheinbarer Untätigkeit zwischen den einzelnen Schlachten. Nach der Schlacht von Mukden fand bis zum Ende des Krieges überhaupt keine größere Unternehmung mehr statt; beide Teile fühlten sich zu einem Angriff nicht stark genug.

Wenn wir uns also nicht wundern dürfen, daß auch der deutsche Frühjahrsfeldzug des Jahres 1918 nach den Schlachten von Arras-La Hore und von Armentières zunächst wieder in einen Stellungskrieg ausgelassen ist, so werden wir andererseits doch die Frage aufwerfen müssen, warum denn der Feind die Zwischenzeit nicht benutzte, um seinerseits zu einem Gegenangriff auszugehen. Es ist uns in der feindlichen Presse wiederholt angekündigt und in Kreislagen verantwortlicher Staatsmänner mindestens angedeutet worden. Die Auffassung der Reservearmee unter Foch hatte ja ursprünglich den Zweck, Kräfte zu sammeln, die man erst dann an irgend einer Front vorwerfen wollte, wenn das deutsche Angriffsunternehmen, das man erwartete, an der Stärke der englisch-französischen Verteidigung gescheitert sei. Wir haben keinen Grund, alle jene Erörterungen im gegnerischen Lager für eine Täuschung zu halten und für von vornherein beabsichtigte Täuschung anzusehen. Denn daß man die deutsche Heeresleitung, die über die Verhältnisse genau unterrichtet war und die dahin kein Beispiel schwächerer Entschlüsse gegeben hätte, nicht täuschen würde, mußte man sich von vornherein klagen. Eine beabsichtigte gewollte Täuschung des eigenen Volkes aber war wegen ihrer weiteren Folgen gefährlich, daß man sie unmöglich annehmen darf.

Wenn also gegenwärtig, wo der deutsche Frühjahrsangriff — aus welchen Gründen auch immer — einen zeitweiligen Stillstand erfahren hat, die allgemeine Vorbereitung der feindlichen Heere dennoch nicht stattfindet, so muß dies seine inneren Gründe haben, die von den englisch-französischen Führern nicht vorhergesehen waren. Ich erlaube mir in dem unerwartet hohen Preisverhältnis unserer Gegner während des bisherigen Verlaufes des Feldzuges. Es übersteigt wohldeutlich die deutsche Einbuße um ein mehrfaches. Während man also gehofft hatte — und nach den eigenen Erfahrungen der Jahre 1916 und 1917 nicht mit Unrecht —, daß der größere Verlust des Angreifers die Stärkeverhältnisse ausgleichen und vielleicht umkehren würde, ist genau das entgegengesetzte eingetreten. Die Einbuße der Franzosen und der Engländer ist so groß gewesen, daß die verfügbaren Heereverbände eingeeicht werden mußten. Der Erfolg aber ist bei weitem nicht in dem Maße eingetreten, um die Schwächung der feindlichen Streitkräfte in fühlbarem Maße zu vermindern.

Das englische Meer in ganzem genommen beugt zur Zeit keine Angriffskräfte, was natürlich nicht hindert, daß an einzelnen Punkten örtliche Angriffe von einzelnen Divisionen angeht und auch kraftvoll durchgeführt werden.

Würde General Foch seinerseits noch an eine allgemeine Vorbereitung seiner Streitkräfte denken, so würde der vorliegende Zeitraum offenbar der günstigste dafür gewesen sein. Denn man läßt doch die Gegenwaage, die man in das stürmische Meer der Beraber werfen will, am liebsten auf ein Wellental fallen, daß sie in ihrem Sturze überfällt, und nicht gegen den beschleunigten Wellenberg, von dem sie überflutet und besessen wird. Da Foch sich dazu nicht imstande zeigte, ist kein Wunder, wenn er sich aus Abwarten ansetzte und auf die neue Wende des neuen deutschen Angriffs, den er voraussetzte, seine Schwere Lage für einen Feldherrn als diejenige, die ihm dadurch nicht erleichtert, daß die feindlichen Heereskräfte annehmen, auch der neue Schlag hindernisse werden gegen die englische und schon so stark mit Frankreich unterstützte Front stattfinden und die Trennung der Fronten von den Engländern ins Auge fassen. Diese Front ist als ungedeckt, sie erstreckt sich von der Nordsee bis zur Ostsee in einer Länge von 200 Kilometern. Sie überall gleichmäßig zu schützen, würde eine neue Verstärkung der feindlichen Kräfte herbeiführen. Wird der deutsche Angriff in der nächsten Ausdehnung dieser Front angeht werden oder wo,

gegen welche Punkte wird er sich hauptsächlich richten? General Foch ist ein zu umsichtiger Feldherr, um sich nicht sagen zu müssen, daß die Deutschen schließlich auch gegen andere Fronten noch einen oder mehrere Angriffe richten könnten, er wird also schwerlich wagen, das große noch verbleibende Gebiet von der Ostsee über Meims und Verdun und über Lothringen bis zu den Vogesen und der Burgunderriviere völlig zu vernachlässigen. Denn von Feldherrn, wie Hindenburg und Ludendorff sind, erwartet man stets Ueberaschungen, und gerade solche, auf die man vorher am wenigsten gefaßt war. Nun mag der verwundbarste Teil der feindlichen Front die Küstengegend von Flandern und der Biscardie sein; es gibt aber noch andere Punkte, deren Durchstoßung durch einen deutschen Massensturm verhängnisvolle Folgen für den Fortgang des Krieges haben würde.

In dieser Unsicherheit liegt die Schwierigkeit der Lage, vor die sich der feindliche Feldherr gestellt sieht. Es ist die Schwierigkeit einer Verteidigung, die ihrerseits nicht zum Angriff übergehen kann, sondern das Recht des Handelns vom Gegner empfangen muß.

Sehr große Feldherren konnten unter besonders günstigen Umständen auch über diese Schwierigkeiten hinwegkommen und selbst noch Siege erröckten — nur selten solche fruchtbarer Art —, im allgemeinen aber ist eine derartige Lage nicht glückverheißend; sie gleicht der eines Fuchters, der sich nicht von der Stelle rühren kann, während der andere völlige Freiheit der Bewegung und des Entschlusses hat.

## Poincarés Eroberungsziele.

Zu den Verhandlungen der französischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten über die Friedensbemühungen im Jahre 1917 schreibt die Nordd. Allg. Ztg. in einem „Die Eroberungsziele des Herrn Poincaré“ betitelten Artikel u. a.: „Trotz aller Vorhute erklärt man jetzt aus den Verhandlungen der französischen Kommission von einem Artikel, das Herr Clemenceau in seinen Enthüllungen pflichtgemäß nicht erwähnt hatte, daß aber den Mitgliedern der Kommission nicht verborgen werden konnte. Es handelt sich um einen Brief des Präsidenten der französischen Republik an den Prinzen Sigismund von Parma, in dem Poincaré die Rückgabe Elsass-Lothringens als ungenügend bezeichnet und die Wiederherstellung der Grenzen von 1814 und das linke Rheinufer verlangt, d. h. sich völlig auf den Boden der mit dem zaristischen Rußland geschlossenen Geheimverträge stellt.“

Man erfährt noch manche andere Dinge über die völlig selbständige Politik Poincarés in der ganzen Angelegenheit, so auch, daß er dem eben in den Krieg eintretenden Präsidenten Wilson den Briefwechsel verheimlichte und auch Kerenski und die belgische Regierung vollständig in Unkenntnis über die wichtigsten Vorgänge ließ. Es ist Sache des französischen Volkes, sich mit seinen Wählern abzusprechen. Für uns aber sind die französischen Kommissionsberatungen ein neuer Beweis für den ungenügenden Charakter der französischen Politik. Sie zeigen, warum der Krieg weitergeht; sie zeigen, wie es um Freiheit, Recht und Demokratie bei unseren wehrlichen Gegnern bestellt ist. Um maßloser Eroberungsziele willen, um urbarsteiches Gebiet zu vergrößern, wurden alle Friedensmöglichkeiten abgewiesen und weiter Millionen von Menschen in das Feuer der Kanonen und in den Tod geschickt!

Nach Mitteilungen des Manchester Guardian vom 5. Mai hat es sich jedoch nicht um einen Brief Poincarés an den Prinzen Sigismund gehandelt. Derselbe soll Poincaré mündlich eine Antwort zur Übermittlung an Kaiser Karl erteilt haben. Dagegen habe der Präsident der französischen Republik die zu stellenden Forderungen in einem Briefe an den damaligen Ministerpräsidenten Ribot niedergelegt. Danach sei Prinz Sigismund dahin verständigt worden, daß es für Frankreich eine elass-lothringische Frage nicht gibt; Frankreich fordere das Elsass-Lothringen von 1814 und 1790 mit dem Saarthal, also Rücküberstattung, Wiederherstellung, Vergütung; weiter Vorschläge auf dem linken Rheinufer.

Weiter berichtet das englische Blatt auf Grund seiner Informationen aus Paris, daß der Prinz Sigismund nach der Schweiz zurückgekehrt sei und dem Kaiser von Österreich hoffnungsvoll über seine Vorkläge berichtet habe, weil Alond George sich glücklicher zu ihnen gefaßt hätte als Poincaré. Darauf habe Kaiser Karl einen zweiten Brief geschrieben, worin er seine Freude äußerte, daß eine so weitgehende Uebereinstimmung bestche. Er äußerte wieder seine Ueberzeugung, daß, wenn nur die Verbündeten rationelle Bedingungen stellten, er Deutschland veranlassen werde, sie anzunehmen. Aus diesem zweiten Briefe des Kaisers gehe hervor, sagt der Korrespondent des Manchester Guardian, daß rationelle Bedingungen, was die Gebietsforderungen von Frankreich betreffe, nicht weitergehen dürften als die Grenze von 1871.

Der Korrespondent teilt ferner einige Einzelheiten über die Verhandlungen im Auslande für auswärtige Angelegenheiten mit. Derselbe sagte, er züge die Art und Weise, in der

## Die Franzosen am Kemmel zurückgeworfen.

(M. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 16. Mai 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Nach Abschluß der gestrigen Infanteriegefechte nördlich vom Kemmel, in denen wir den Franzosen aus östlicher Einbruchstelle wieder zurückwarfen, konnte der Kräftekampf im Kemmelgebiete ab. Auch an den anderen Kampfzonen ließ die Artilleriegefechte nach. Heftige Feuerüber alle Batterien gegen unsere Infanterie- und Artilleriestellungen beiderseits des La Bassée-Kanals sowie zwischen Somme und Ruse an. Auf dem Sektor der Ruse sich der Feind gestern früh aus dem General Foch mit starken Kräften vor. Unter schweren Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

An der übrigen Front kleinere Vorkämpfe.

Starke Misserfolge an den Kampfzonen führte zu zahlreichen Luftbomben. Wir schossen 33 feindliche Flugzeuge ab; 14 von ihnen brachte wiederum das früher vom Rittermeister Fröhner u. Richtigkeiten geführte Jagdgeschwader zum Abflug. Leutnant Windisch errang seinen 20. Luftsieg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Poincaré und Ribot die österreichischen Anträge behandelt hätten. Weiter rügte er, daß Clemenceau den Brief veröffentlicht habe. Clemenceau hielt eine heftige Rede, worin er ausführte, er dulde keinen Widerspruch.

### Die große Kraftprobe.

14. Aus London wird gemeldet: Kusten Chamberlain hat in einer Rede, die er in London hielt, gesagt, wir seien in einem Risikokampf verwickelt. Es mag eine gewisse Pause eingetreten sein, aber dadurch wird die Pflicht aller Krieger nicht geringer, den Armeen die Opfer zu bringen, die sie verlangen. Die englische Regierung steht dem Frieden nicht gleichgültig gegenüber, aber es ist vergebliche Mühe, über Frieden zu reden, bevor nicht die große Kraftprobe gemacht und der Kampf auf dem Schlachtfeld entschieden ist.

## Russische Politiker auf Reisen.

Aus Stockholm schreibt man uns:

In den letzten Tagen sind, nach der Öffnung der finnischen Grenze, verschiedene bekannte Persönlichkeiten der russischen Politik hier durchgekommen, um sich nach den Westländern zu begeben. So Varnum, der Marineminister, ein Sozialrevolutionär, der längere Zeit in Finnland tätig war, und jetzt auch der Sozialrevolutionär Kujala, der im vorigen Jahre als Mitglied der nach Stockholm geschickten Sowjet-Delegation die Fahrt nach dem Entente-Ländern mitgemacht hat mit Wassili Sandomin, einem menschevistischen Mitglied der getrennten Konstituante. Social-Demokraten berichten über die Reise der beiden und über deren Zweck unter dem stark sensationellen Titel „Neu-russische sozialdemokratische Friedensdelegation“, wozu ein etwas weniger feil gedrucker Untertitel hinzukommt: „Soll hier die Arbeit für die internationale sozialistische Friedenskonferenz wieder aufnehmen.“

Welchen Zweck es hat, über die Ansichten der internationalen Konferenz, für die in diesen Tagen die einjährige Wiederfeier ihres Geburtstages und die halbjährige ihres Abnehmens begeben werden könnte, in der jetzigen internationalen Situation irgendwelche Illusionen zu wecken, ist nicht recht klar — jedenfalls liegt es auf der Hand, daß die Neutralität, die man in den Entente-Ländern der Sowjet-Delegation des vorjährigen Jahres zum Verweilen gebracht hat, nicht geringer geworden sein kann, wenn ihre Mitglieder bloß im Namen politischer Parteien herumreisen, die in Rußland durch des Einflusses beraubt und ganz desorganisiert sind, wie das Stockholm-Komitee selbst teils durch Austritt geschwächt, teils in alle vier Winde zerstreut, und so der Aktionskraft beraubt ist. Wenn Social-Demokraten behaupten, daß die Arbeit für das Inkraftkommen des sozialistischen Friedens mit aller Kraft und Energie betrieben werde und daß mit dem Hinweis auf den Aufschwung Sandomins in den Entente-Ländern begründet, der tatsächlich eher die Zerschlagung der in allen Ländern Vertrauen genießenden Zentralstelle bedeutet, so klingt das ebenso wenig überzeugend wie die weitere Berufung auf die Arbeit Axel Rods in Stockholm, die ganz und gar der Reduktion einer handlungslos in der Entente verbleiben werden sollenden zur Bekämpfung der Politik gewidmet ist.

Das Interview mit Kujala, das Social-Demokraten veröffentlicht, betrifft in seiner ersten Hälfte die Internationalen, in seiner zweiten die innere russische Politik. Wir erlauben, daß die zwei Delegierten — oder eigentlich drei — da auch Erlich mitkommen sollte — durch Unklarheiten, die ihnen von der bolschewistischen Regierung bereitet wurden, verhindert wurden, an der Londoner Konferenz der Entente-Parteien teilzunehmen — eine Absicht, die eigentlich verwunderlich ist, eintens, weil Rußland doch im Augenblick der Konferenz sein kriegsführender Staat mehr war, und zweitens, weil die russischen Sozialisten auch dem menschevistischen und sozialrevolutionären Richtung sind.

vorigen Jahr noch gegen Konferenzen der Kriegsruppen waren und ihnen nur zu Informationszwecken beizuhören wollten. Auch könnte Russkows Vorlegung, warum die Stockholmer Konferenz gescheitert sei, einigermaßen verständlich werden. Er sieht ihre Hindernisse vor allem in der mangelnden Aufrichtigkeit der Politik der Entente-Regierungen und in einem gewissen Mangel bei der russischen Kooperationspolitik, die sich unglücklicherweise nicht vom bürgerlichen Einfluss freizumachen verstanden und der direkten Gegenarbeit der russischen Diplomatie besonders in London und Paris (sollte Russland nicht auch Stockholm gemeint haben?) nicht entgegenwirken habe — weiter im bolschewistischen Staatreich. Aber der bolschewistische Staatreich fällt doch in einen Augenblick, wo die Konferenzfrage schon hoffnungslos verfahren war. Und leider greift die Vorkonferenz gewisser sozialistischer Kooperationsminister in der Stockholmer Frage, wie sich aus den veröffentlichten Verhandlungsakten und anderen Publikationen ergibt, bedenklich an eine Freigabe.

Vogelgreiflicherweise kritisiert Russkow mit gleicher Schärfe die äußere wie die innere Politik der Bolschewiki. Die bolschewistische Außenpolitik ist völlig verunglückt und hat statt eines Kommunismus einen wilden egoistischen Kampf um den Bodenbesitz hervorgerufen. Zur Kleinbürgerlichen Kadaver gessische sich die Wildheit der Heimkehrer, durch den Krieg demoralisierten Soldaten. Die Industrie wird durch einen „Teilungs-Socialismus“ gefährdet, der Kohlenverräte, Maschinen usw., Betriebs- und Reservate zerstört. Dem in's populäre Fassung der Marx'schen Fassung von der Expropriation der Expropriatoren: „Kamst, was geraubt wird“, findet Verlesung. Demgegenüber muß doch bemerkt werden, daß wie mit ein neutraler, nichtbolschewistischer Sozialist nach monatelangen eigenen Beobachtungen berichtet, die Lenin'sche Regierung durch eiserne Energie doch in den ersten Monaten sehr gut eingeriffene Maßnahmen in den Großstädten fast ganz unterdrückt hat. Die Vorkonferenz aber bekämpfte die nichtbolschewistischen Sozialisten bester als den Bolschewismus, dessen Diktatur sie als gute Vorbereitung für die ihre Arbeit, Russkows und Zuchowlin leben aber einem Wiederanstreben einer gesunden und edlen russischen Arbeiterbewegung mit Zurecht entgegen. Ch.

### Das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Rumänien.

Das W. T. V. veröffentlicht den Wortlaut des wichtigen zwischen Deutschland und Rumänien abgeschlossenen Wirtschaftsabkommens, dessen wichtigste Artikel folgendes besagen:

**Artikel 1.** Rumänien verkauft an Deutschland, Österreich und Ungarn die Weizen- u. d. h. V. d. h. an Getreide aller Art, einschließlich Cellulose, Futtermittel, Hülsenfrüchten, Geflügel, Fleisch und Fisch, Weizenpflanzen und Wolle für die Ernten der Jahre 1918 und 1919. Brotgetreide kann bis zu 8 Prozent auch in Form von Futtermitteln geliefert werden. Die Preise für Getreide und Futtermittel ergeben sich aus der Anlage. Die Preise für die übrigen Waren sowie die Einzelheiten der Lieferung werden von einer Kommission von Vertretern Deutschlands, Österreichs, Ungarns und Rumäniens in Einklang mit den für Getreide und Futtermittel festgelegten Preisen unter Berücksichtigung der im Jahre 1917 bestehenden Preisverhältnisse bestimmt. Die Kommission wird sobald nach Ratifikation des Friedens in Bukarest zusammintreten.

**Artikel 2.** Für die auf das Jahr 1919 folgenden sieben Jahre verpflichtet sich Rumänien, an Deutschland, Österreich und Ungarn die Weizenkörner des Landes an Getreide aller Art, einschließlich Cellulose, Futtermittel, Hülsenfrüchte, Geflügel, Fleisch und Fisch, Weizenpflanzen und Wolle zu liefern, falls Deutschland, Österreich und Ungarn dies verlangen. Die Regierungen des Deutschen Reiches und Österreichs bzw. Ungarns haben sich, sobald es ihnen irgend möglich, und zwar für Getreide aller Art, Futtermittel, Hülsenfrüchte, Weizenpflanzen und Wolle spätestens bis zum 1. April jeden Jahres, und zwar erstmalig bis zum 1. April 1920, für Weizen spätestens bis zum 15. Juni, und zwar erstmalig bis zum 15. Juni 1920, für die übrigen Waren halbjährlich, und zwar Anfang Juli und Anfang Januar, erstmalig bis zum 1. Juli 1920 zu erklären, ob und wieviel sie auf Grund dieser Verpflichtung von den Lieferungen übernehmen wollen. Das Verlangen kann entweder auf den gesamten Lieferjahrs oder auf eine bestimmte zu bestimmende Menge der genannten Erzeugnisse gerichtet sein. Von Brotgetreide kann bis zu 8 Prozent der Auslieferungen in Rohprodukten geliefert werden.

Wenn weder Deutschland, noch Österreich, noch Ungarn für ein Jahr von dem Lieferjahrsrecht Gebrauch machen, erlischt die Verpflichtung Rumäniens zur Lieferung auch für die folgenden Jahre.

**Artikel 4.** Die Preise der Erzeugnisse, für die Deutschland, Österreich und Ungarn das Lieferrecht nach Artikel 2 genießt, werden abwärts von einer Kommission bestimmt. Die Kommission besteht aus je einem Vertreter von Deutschland, Österreich und Ungarn, soweit sie am Besitze beteiligt sind, und einer gleichen Anzahl von Vertretern Rumäniens. Wird der Vorsitzende von der Kommission nicht einstimmig gewählt, so soll der Präsident des Schlichterischen Bundesgerichts um Ernennung des Vorsitzenden ersucht werden.

**Artikel 5.** Rumänien wird für die Erzeugnisse, die es nach Deutschland, Österreich oder Ungarn nach diesem Vertrag zu liefern hat, Ausfuhrverbote erlassen, um die Erfüllung des Vertrages sicherzustellen. Falls Deutschland, Österreich bzw. Ungarn nur einen Teil der Lieferungen verlangen, wird eine Anfuhr nach anderen Ländern solange nicht gestattet werden, wie der beanspruchte Teil des Lieferjahres an Deutschland und Österreich-Ungarn nicht geliefert oder die Liefermenge nicht reduziert ist.

**Artikel 8.** Deutschland und Österreich-Ungarn werden befreit sein, nach Möglichkeit die Ausfuhr aller in Rumänien benötigten Waren, Gase- und Halberzeugnisse, Kohlen, Stoffe usw., insbesondere des zur Hebung des landwirtschaftlichen Ertrages notwendigen Grenzhandels, nach Möglichkeit zu fördern. Um den Bedürfnissen des Landes Rechnung zu tragen, sind sie bereit, folgende nach Ratifikation des Friedensvertrages in Verhandlungen über die Ausfuhr solcher Waren nach Rumänien einzutreten.

### Der österreichisch-rumänische Zusatzvertrag.

Wien, 14. Mai. (Wiener Korrespondenz-Bureau.) Der heute veröffentlichte österreichisch-ungarische-rumänische wirtschaftliche Zusatzvertrag zum Wienerer Handelsvertrag ist in Artikel 1: Die vertraglich bindenden Teile verpflichten sich, weder mittelbar noch unmittelbar an Maßnahmen teilzunehmen, die auf die Unterbrechung der Handelsbeziehungen auf wirtschaftlichem oder auf finanziellen Gebiet abzielen, und möglichst keine Schritte in der Richtung der Verwirklichung der österreichisch-ungarischen oder rumänischen Eingangsbeschränkungen zu ergreifen; vielmehr, soweit möglich, die während des Krieges festgelegten Zollbestimmungen

überregehend noch länger aufrecht zu erhalten und weiter auszuüben.

**Artikel 3** bezieht die Verfügungsbeschränkungen über in neutralen Staaten lagernde Waren auf, die mit der Verpflichtung befristet sind, daß sie weder mittelbar noch unmittelbar nach Gebieten des anderen vertraglich bindenden Teiles ausgeführt werden dürfen. Die weiteren Mittel stellen die unerschöpfliche Wiederaufnahme des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs fest, die Erweiterung der Seilbahnverbindungen des Balkans den beiderseitigen Seilbahnverbindungen der österreichischen und rumänischen Eisenbahnen, die am 30. April 1918, den Beitritt Rumäniens zur Eisenbahnkonvention vom Jahre 1893 zwischen Österreich-Ungarn, der Türkei, Serbien und Bulgarien, sowie die Herstellung einer neuen Eisenbahnverbindung des rumänischen mit dem bulgarischen Eisenbahnsystem in Angriff genommen wird, endlich die Ergänzung der zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien im Jahre 1893 abgeschlossenen Handelsabkommen nach Zusatzverträgen von 1878, mit Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 1920 und nach diesem Zeitpunkt bis zum Ablauf des Jahres nach der von einer der beteiligten Parteien ausgetragenen Kündigung.

### Der U-Bootskrieg.

Berlin, 15. Mai. (Antlich.) Im Sperrgebiete um England wurden neuerdings von unseren Unterseebooten 11 500 Briten-Register-Tonnen feindlichen Handelsschiffsräume zerstört.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

### Mieterschutz gegen Mietwucher.

Die Anpassung unserer gesamten Wirtschaft an die Kriegsbedürfnisse hat zu einer fast vollständigen Einstellung des privaten Wohnungsbauwerks geführt. Die Folge ist ein ständig zunehmender Wohnungsmangel, der sich in einigen deutschen Großstädten bereits zu einer fühlbaren Wohnungsnot angewachsen hat. Die Hauswirte benutzen diese Sachlage in vielen Städten zu den rücksichtslosesten Mietpreisverhöhungen, denen sich die meisten davon betroffenen Mieter leider ohne entschiedene Gegenwehr unterwerfen, weil sie fürchten, bei Nichtanerkennung der Mietpreissteigerung ihre Wohnung zu verlieren und mit ihrer Familie obdachlos zu werden. In einigen Orten hat das geringe Angebot leerstehender oder freierwerdender Wohnungen schon zu einer förmlichen Versteigerung dieser „Heimstätten“ unter der weit größeren Zahl von Wohnungsuchenden geführt, von denen dann der Meistbietende den Zuschlag erhielt. Durch diese Art der „Wohnungsversteigerung“ wird natürlich die Wohnungsmiete zur Freude des Hauswirts durch die Mieter selbst weit über den ursprünglichen Satz hinaus in die Höhe getrieben. Neben der entschiedensten Förderung des Wohnungsbauwerks heischen diese Zustände dringend durchgreifende Maßnahmen zu einem wirksamen Schutz der Mieter gegen den Absolutismus des Hauswirts und gegen alle ungerechtfertigten Mietpreissteigerungen.

Durch die Mieteinigungsämter, die nach einer Kriegsverordnung des Bundesrats bei den Amtsgerichten eingerichtet oder von größeren Stadtgemeinden begründet werden können, wird bereits ein gewisser Mieterschutz gegen den Mietwucher angestrebt. Wenn sie diese Aufgabe wirklich erfüllen sollen, werden sie mit größeren Vollmachten versehen und überall weiter ausgebaut werden müssen. Dieser Ausbau würde sich sowohl auf die Vermittlungstätigkeit bei Streitigkeiten zwischen Mieter und Hauswirt als auch auf den Vergleich von Streitfällen zwischen Hauswirt und Hypothekengläubiger zu erstrecken haben.

Zur Verhinderung unbilliger und ungerechtfertigter Mietpreissteigerungen sollte jede willkürliche und einseitige Erhöhung der Wohnungsmieten gesetzlich verboten werden. Und zwar müßte sich dieses Verbot nicht nur auf bewohnte Wohnungen und alte Mieter, sondern auch auf die Vermietung von Wohnungen an neue Mieter erstrecken. Für die Befreiung des von einem neuen Mieter zu zahlenden Mietpreises müßte die von seinem Vormieter gezahlte Wohnungsmiete maßgebend sein. Dadurch würde verhindert werden können, daß ein Hauswirt einen alten Mieter auf die Straße setzt, nur um durch die Neuvermietung einen höheren Gewinn aus der Wohnung herauszuschlagen.

Zur Entscheidung darüber, ob für eine Mietpreissteigerung begründete Ursachen vorliegen oder ob sie als ungerechtfertigt anzusehen ist, ist das Mieteinigungsamt die berufene Stelle. Es hätte die Gründe zu prüfen, die vom Hauswirt für eine beabsichtigte Mietpreissteigerung geltend gemacht werden. Alle Aufwendungen des Hauswirts, den Wert einer Wohnung für den Mieter zu steigern, z. B. Neuanlagen von Gas oder elektrischem Licht, Einrichtung von Warmwassererwärmung oder der Schwanenlansifikation und andere ähnliche Maßnahmen, werden vom Mieteinigungsamt ebenso wenig unberücksichtigt gelassen werden können bei der Prüfung der Wohnungsmieten wie eine Steigerung der Kosten für die Instandhaltung des Hauses und der in ihm vorhandenen Wohnungen oder eine Erhöhung der Zinsen für die auf dem Hause stehenden Hypotheken. Die aus derartigen Umständen geforderte Mietpreissteigerung müßte aber, falls sie vom Mieteinigungsamt als gerechtfertigt anerkannt wird, nicht dem Hauswirt überlassen, sondern ihr Betrag müßte ebenfalls vom Mieteinigungsamt festgesetzt werden, dem auf der anderen Seite das Recht zugehört werden müßte, Wohnungsmieten, deren Höhe es auf Grund seiner Prüfung als ungerechtfertigt erklärte, herabzusetzen.

Weil zur Vermeidung von Mietpreissteigerungen vom Hauswirt in vielen Fällen die Steigerung der Hypothekenzinsen geltend gemacht werden kann, wäre die Wirksamkeit der Mieteinigungsämter auch auf dieses Gebiet auszuweiten. Wie sie den Mieter gegen ungerechtfertigte neue Belastungen durch den Hauswirt schützen sollen, so würde dieser auch gegen unbilligere Wertierungen des auf seinem Hause lastenden Leihgeldes durch den Hypothekengläubiger zu schützen sein. Daher müßten die Mieteinigungsämter ermächtigt werden, auch über die Steigerung der Hypothekenzinsen zu befinden und zu entscheiden. Der in dieser Richtung dem Hauswirt gewährte Schutz würde mittelbar ebenfalls dem Mieter zugute kommen.

Natürlich müßten die Mieteinigungsämtern auch die Entscheidung über Kündigungen von Mietern durch den Hauswirt zustehen mit der Ermächtigung, solche Kündigungen als ungültig zu erklären, die es als ungerechtfertigt festgestellt hat. Auch bei der Vermeidung der Vermietung einer Wohnung durch den Hauswirt ohne einen zutrigen

Grund, z. B. nur wegen zu hoher Mieterzahl des Mieters, müßte das Mieteinigungsamt schlichtend eingreifen in der Lage sein und schließlich auch zur Entschädigung über derartige Streitfälle bevollmächtigt werden. Dadurch würde bis zu einem gewissen Grade verhindert werden können, daß bei dem Anstiegen der Preise für das Volksganze in erster Linie die minderreichen Familien unter der Wohnungsnot zu leiden haben. Schließlich würden auch alle vom Mieteinigungsamt nicht gebilligten und abgelehnten Vereinbarungen zwischen Mieter und Hauswirt oder zwischen Hauswirt und Hypothekengläubiger als ungültig zu erklären und aufzuheben sein.

Von großem Wert für einen wirksamen Mieterschutz ist neben diesem Ausbau der Mieteinigungsämter und der behandelten Ausdehnung ihrer Kompetenzen und Vollmachten die Bildung aller einseitigen Wohnungsnachweise der Hauswirtsvereine durch gemeindliche Wohnungsvermittlungstellen. In diesen neutralen, von besonderen politischen Parteien zu verwaltenden Nachweiskeit könnten die Mieter jedenfalls mehr Vertrauen haben als in der einseitigen Wohnungsbemittelung der Hauswirtsvereine, die natürlich auch auf diesem Tätigkeitsgebiet nur von der Möglichkeit entscheidender Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder geleitet werden. Natürlich müßte mit der Errichtung solcher gemeindlichen Wohnungsnachweise die Verpfändung der Hausbesitzer verbunden werden, jede leerstehende und leerwerdende Wohnung unerschöpflich der behördlichen Vermittlungsstelle zu melden, da nur bei einer derartigen Meldepflicht eine erfolgreiche Vermittlungstätigkeit gewährleistet ist. Mit dem Wohnungsnachweis müßte eine gemeindliche Beratungs- und Auskunftsstelle für alle Wohnungsangelegenheiten verbunden werden, die zur guten Arbeit des Nachweises viel beitragen und sein Wirken stark fördern würde.

Schließlich gehört zu einer guten Ausgestaltung des Mieterschutzes selbstverständlich auch der kraftvolle Ausbau der Wohnungsaufsicht. Ihrer Wirksamkeit müßte eine Wohnungsordnung zugrunde gelegt werden, die den hygienischen, sittlichen und sozialen Forderungen der Zeit vollumfänglich gerecht wird und in der Erfüllung dieser Forderungen sowie in jeder anderen Beziehung die Interessen des Mieters wahr. Zweifelslos könnte eine zweckdienlich ausgestaltete Wohnungsaufsicht auch viel zur Förderung der gemeindlichen Wohnungsnachweise und zur Unterstützung der Beratungs- und Auskunftstellen für Wohnungsangelegenheiten sowie auch der Mieteinigungsämter beitragen.

Solange sich das Angebot von Wohnungen und die Nachfrage einigermäßen die Wage halten oder das Angebot die Nachfrage überwiegt, konnte die Gestaltung des Mietpreises dem Gesetz von Angebot und Nachfrage überlassen bleiben. Jetzt haben sich die Dinge aber grundlich geändert und sie ändern sich, je länger der Krieg dauert, immer mehr. In vielen Städten überwiegt die Nachfrage nach Wohnungen das Angebot schon bedeutend. Das wird noch viel schlimmer werden, wenn bei Beendigung des Krieges die vielen kriegsgetrauten Soldaten, die noch keinen eigenen Hausstand begründeten, aus dem Felde heimkehren werden und das Verfallene nachholen wollen, wenn ferner die vielen Paare, die ihre Eheführung bis zum Friedensschluß verschoben, heiraten und eigene Wohnungen suchen werden, und wenn endlich die Kriegsteilnehmer, deren Frauen bei der Einberufung des Mannes die Wohnung aufgaben und zu den Eltern oder anderen Angehörigen zogen, den eigenen Hausstand neu begründen wollen. Die daraus resultierenden Zustände werden so außerordentlich sein, daß auch ganz außerordentliche Maßnahmen getroffen werden müssen. Wenn man ihnen gerecht werden will und wenn die große Masse der Wohnungsmieter in ihren Interessen nicht schwer geschädigt werden soll, die kurz behandelten Maßnahmen zur Wahrung dieser Mieterinteressen werden dann das mindeste sein, was in der Zeit des Wohnungsmangels und der Wohnungsnot zum Schutze der Mieter gegen den Mietwucher und gegen andere Uebervorteilungen durch den Hauswirt durchgeführt werden muß.

P. B.

### Auch Saffanow gefangen?

laut französischen Blättermeldungen soll nach dem Großhusten Nikolajewitsch nun auch der frühere russische Minister des Auswärtigen, Saffanow, in der Krim von den Deutschen verhaftet worden sein.

Aus Kiew wird der Post. Jg. gemeldet: Im Einverständnis mit den österreichischen Behörden verhängte der Gouvernementskommandant von Odessa den Kriegszustand über das ganze Gouvernement. Österreichische Truppen werden auf Aufforderung die Gouvernementskommandanten, Bezirkskommandanten und Stadtkommandanten voll unterstellen. Im Jekaterinoflaw wurden von österreichischen Behörden vier Festungen geschlossen, eine Kabaletsk und Dumantalliber verhaftet. Minister Melikoff teilte den Samojedlegierten den Wunsch der ukrainischen Republik mit, daß die Zusammenkunft der Friedensdelegation am 22. Mai in Kiew stattfinden werde. Kiewskaja Post meldet: „Der Abtransport von Getreide seitens der Bauern nach der Schwarzmeer-Küste nimmt zu. Die Nachfrage nach Transportschiffen steigt. In den Häfen Scharjoff und Odessa sind bereits 15 000 Doppelzentner Getreide einetroffen. Annähernd 350 000 Doppelzentner sind noch unterwegs. Ueber 30 000 Doppelzentner sind von den Bauern nach Verdank geliefert worden, dessen Abtransport nach Odessa unmittelbar beabsichtigt.“

### Rückzug der Russen von der finnischen Grenze.

Stockholm, 16. Mai. Altonbladet meldet aus Helsinki, die Russen, die bisher die Gebiete von Jyväskylä in der Nähe von der finnlandischen Grenze besetzt hielten, haben begonnen, den Rest des noch von ihnen besetzten Gebietes zu räumen. Dieses Gebiet erstreckt sich bis Kranstadi. Aufbruchblatt in Helsinki veröffentlicht einen Aufruf der lokalen Vertreter sämtlicher bürgerlichen Verbände, in dem für die monarchische Staatsform als einzige mögliche für Sicherheit nach außen und Einigkeit nach innen eingetreten wird. Um gegen diese monarchischen Pläne Stellung zu nehmen, wurde nach der Post. Jg. ein allgemeiner Sozialistenkongress nach Jyväskylä auf den 18. Mai einberufen.

**Svenska Dagblad** meldet aus Helsingfors: „Die Gruppierung des **Landtag** ist nunmehr folgende: 51 Altfinnen, 25 Jungfinnen, 26 Katarier, 21 Schweden sowie gegen 20 Sozialdemokraten, die an der Teilnahme an den Verhandlungen verhindert sind.“

**Abschaffung des russischen Erbrechtes.**

**Moskau, 15. Mai.** (Wiedlung der Petersb. Telegramm-Agentur.) Am 8. Mai beschloß der Rat der Volkskommissare die Abschaffung des Erbrechtes. Nach dem Tode des Erblassers wird der bewegliche und unbewegliche Besitz Eigentum des Staates.

**Kornilow tödlich getroffen.**

**Kasch, 26. Mai.** Nach einer Meldung des ukrainischen Korrespondenten aus Kiev wird offiziell bestätigt, daß General Kornilow in den Kämpfen bei Zlatopol am 15. April von einem Granatplünder getroffen und sofort getötet wurde.

**Ein unabhängiger nordkaukasischer Staat.**

**Konstantinopel, 15. Mai.** (Agentur Mitt.) Die bevollmächtigten Delegierten der Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukasiens richteten an alle Regierungen folgende Note: Die unterzeichneten bevollmächtigten Delegierten der Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukasiens haben die Ehre, allen Regierungen folgendes zur Kenntnis zu bringen: Die Völker Nordkaukasiens haben eine reguläre Nationalversammlung gewählt, die auf ihrer Tagung vom September 1917 die Gründung der Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukasiens verurteilte und die Vollgewalt der gegenwärtigen Regierung antrudert hat, welche die Unterzeichneten zu ihren Mitgliedern zählt. Indem die Regierung der Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukasiens angeht, so hat sie in Russland herrschenden Anarchie von dem Rechte der Selbstbestimmung Gebrauch macht, das von der Petersburger Regierung selbst allen Völkern des ehemaligen Zarreiches zurkannt wurde, hat sie folgenden Beschluß gefaßt: 1. Die Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukasiens beschließt die Trennung von Russland und die Errichtung eines unabhängigen Staates. 2. Das Gebiet des neuen Staates wird im Norden die geographischen Grenzen bilden, welche die Gouvernements und Provinzen Daghestan, Terek, Elanopol, Aulakien und Schwarzee Meer im ehemaligen Russischen Reich hatten, im Westen das Schwarze Meer, im Osten das Kaspische Meer und im Süden die Grenzen, die des näheren im Einverständnis mit der Regierung von Transkaukasien festgelegt werden sollen. 3. Den unterzeichneten bevollmächtigten Delegierten wird der Auftrag erteilt, diesen Beschluß zur Kenntnis aller Regierungen zu bringen, und durch die Tatsache dieser Verbindung die Vereinigung der unabhängigen Staaten der Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukasiens zu verlinken. Demgemäß erklären die Unterzeichneten, daß der unabhängige Staat der Vereinigung Nordkaukasiens von heute an als regulär gebildet zu betrachten sei. 4. Abdul Wedschib-Ischermetow, Qaid-Boegtam.

**Die neue Verordnung gegen Preistreiberi**

Die angekündigte neue Bundesratsverordnung gegen die Preistreiberi ist erschienen. Sie löst den in der letzten Verordnung enthaltenen Strafen ab, als es sich um Gegenstände des täglichen Bedarfs handelt, die bis zum 1. Juni 1918 festgesetzt sind. Außerdem werden diese Gegenstände mit Gefängnis bestraft, dessen Höchstgrenze nach dem R.-St.-G.-B. fünf Jahre ist. Die Hauptbestimmungen lauten:

- 1. Wer vorsätzlich Preissteigerung wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 200 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft;
- 2. Wer vorsätzlich für Gegenstände des täglichen Bedarfs oder des Kriegsbedarfs Preise fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Gewinn enthalten, oder solche Preise sich oder einem anderen gemäßen oder verprechen läßt;
- 3. Wer vorsätzlich für die Vermittlung von Geschäften über Gegenstände des täglichen Bedarfs oder des Kriegsbedarfs Vergütungen fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Verdienst enthalten oder solche Vergütungen sich oder einem anderen gemäßen oder verprechen läßt;
- 4. Wer vorsätzlich den Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs oder des Kriegsbedarfs durch unlautere Maßnahmen, insbesondere Kettenhandel, steigert;
- 5. Wer in der Absicht, den Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs oder des Kriegsbedarfs zu steigern oder hochzuhalten, Waren unbrauchbar macht oder vernichtet, ihre Veräußerung oder den Handel mit ihnen einschränkt oder andere unlautere Maßnahmen vornimmt;
- 6. Wer vorsätzlich an einer Veräußerung oder Verbindung teilnimmt, die nach den Nummern 1 bis 5 strafbare Handlungen zum Gegenstand haben; wer vorsätzlich zu einer nach den Nummern 1 bis 5 strafbaren Handlung auffordert, anreizt oder sich beteiligt.

**Deutsches Reich.**

**Der Ausbau des Blindnisses.**

In einer Betrachtung über die Vereinbarungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland spricht die halbmonatliche Norddeutsche Allgemeine Zeitung von einer „billigen militärischen und wirtschaftlichen Interessensberücksichtigung“ und beruht auf der Beteiligung aller Vertriebenen, die bisher noch in der militärischen und wirtschaftlichen Organisation bestanden.“

**Keine Zuckerausfuhr.**

Von der Reichsstelle für Rohstoffe und Obst wird mitgeteilt: Durch die Presse geht vielfach die Mitteilung, daß ein Zulassungslister der Reichsstelle für Rohstoffe und Obst nebst Zulassung von Zuckermeladenfabriken ausgestellt habe, für die große Erlaubnis von Zucker im vorigen Frühjahr (ca. 10 Millionen Zentner) sei der deutsche Markt nicht ausnahmsmäßig gemeldet und es habe deshalb ein bedeutender Teil an das Ausland abgeführt worden. Im Hinblick hierauf sind in der Presse und auch in den Veröffentlichungen der Reichsstelle vielfach in ragen gerichtet worden. Diese Angaben erliegen sich sämtlich dadurch, daß jener Zulassungslister nicht vom letzten Frühjahr, sondern vom letzten Erntejahr gerichtet wurde. Es kann keine Rede davon sein, daß dem deutschen Volke durch Abführung in das Ausland von dem jetzt so bitter notwendigen Zucker auch nur im geringsten etwas entzogen worden ist.

**Württembergischer Landtag.**

Bei der Staatsberatung in der Abgeordnetenkammer sprach der fortschrittliche Abgeordnete **Konrad Gaußmann** die Ostfragen. Er warnte vor dynastischen Experimenten und dem Ausbieten deutlicher Herzogshüte. Bismard würde in diesen Fragen äußerste Zurückhaltung geübt haben. Die Hauptfrage der großen Politik im Osten sei, ob eine Abschließung Russlands vom Schwarzen Meer und von der Ostsee, also eine „Serrifizierung“ nicht für möglich ist und den slavischen Welt in den Dienst der Rebancherde drängt. Bei Besprechung der elag-Isobringischen Autonomiefrage verließ Gaußmann einen Beheimbericht, nach welchem sich neben große Hätten und Bergwerke am 14. Oktober 1917 in Reg zu einer planmäßigen Kalkulation für Eingemeindung von Elag-Isobringen nach Preußen verbündet haben und die Kosten dieser Agitation auf die Werte übernehmen. Diese Agitation hat intensiv stattgefunden. Die Angelegenheit berührte die föderativen Grundlagen des Reichs. Der Redner sprach sodann noch die Frage des Zusammenarbeitens der Wehrheitsparteien des Reichstags. Ein an ganz hervorragender Stelle stehender Vertreter des Zentrums habe ihm gesagt: „Wir in den Wehrheitsparteien haben das Zusammenarbeiten nunmehr gelernt, wir werden es nicht mehr verlieren.“ Starke Beifall wurde bei der Rede Gaußmanns die Kennzeichnung der Kammerweise der Albedutschen, durch die, wie die Angriffe auf Staatssekretär v. Kühlmann zeigen, unser politisches und Parteileben verroht und verwildert werde.

**Ausland.**

**Frankreich.**

**Das Urteil im Bonnet-Rouge-Prozess.**  
**Paris, 16. Mai.** (Agence Havas.) Im Prozess des Bonnet-Rouge wurde Duval zum Tode verurteilt, Marion erhielt zehn Jahre, Landau acht Jahre, Goltzi acht Jahre Zuchthaus, letztere gleichzeitig militärische Degradation, Jouis fünf Jahre Zuchthaus, Demarrie wurde zu zwei Jahren Gefängnis und 1000 Fr. Strafe verurteilt und Vercassin zu zwei Jahren Gefängnis und 5000 Fr., unter gleichzeitiger Bewilligung von Strafaufschub, verurteilt.

**Caillaux Vernehmung.**

In der Verhandlung gegen das Bonnet-Rouge sagte Juge Caillaux aus: Er habe den Gründer des Blattes Almercha, der für Frau Caillaux in der Sache des Marquis de Calmette Partei ergriffen habe, mit 40 000 Franc unterschätzt, aber seiner keine Geldbeziehungen mit Medaillieren oder Verwaltern des Bonnet-Rouge gehabt. Anfang 1918 habe Caillaux das Anerkennen eines Schweizer Kaufmanns zurückgewiesen, der vorgab, im Namen einer einflussreichen deutschen Persönlichkeit mit ihm in Verbindung treten zu wollen. Caillaux betonte, alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen seien hallos und beruhten auf tödlichen Ausstellungen.

**Großbritannien.**

**Die Arbeiterschaft und die irische Wehrpflicht.**

Die Vereinigten Gewerkschaften der englischen Arbeiterorganisation richteten einen dringlichen Appell an die Regierung, um Irland, England und der Kolonialländer, um die Zukunft der Demokratie wissen von der Durchführung des Wehrpflichtgesetzes in Irland abzusehen, da jeder Versuch nach dieser Richtung das Blut kauernder Irren, Engländer und Schotten kosten, die Entsendung Hunderttausender in den Bürgerkrieg bedeuten würde und das Gewissen der zivilisierten Welt schwer verletzen würde. Der Appell ergeht zum mindesten um eine unabweisliche Zusage, daß die diesbezügliche Ausführungsverordnung nicht erlassen werde, bis das den wirklichen Willen des irischen Volkes ausdrückende irische Parlament konstituiert sei. Manchester Guardian spricht der Aktion der Arbeiterschaft seinen vollsten Beifall aus, hält sie aber für vollkommen nutzlos, sofern nicht die Arbeiterpartei angehöriger Kabinettsmitglieder für den Fall des Scheiterns auf den Frieden Irlands den sofortigen Rücktritt anbietet. Die Zeitung beklagt, daß man, während sich die lurchbarste Stunde seit einem Jahrhundert in der irischen Geschichte vorbereite, in England ruhig dasitzen, als es aber gut sehe. Nach sei das Urteil abzuwarten, aber nur, wenn der Regierung die Hand Gottes oder wenigstens des Parlaments und der Wahlfreie beigebracht werde. Dubliner Meldungen zufolge wird der Rücktritt des bisherigen Vorgesanders der Truppen in Irland, Generalis Mahon, morgen angeschlossen, da Mahon als verhältnismäßig mild galt. Man befürchtet, daß die Ernennung eines strengeren Herrn der erste Schritt zu Zwangsmaßnahmen ist. Die Ausführungen, daß am 20. Mai die Ueberfahrt nach Irland nur mit Sondererlaubnis zulässig ist, wird vom Dubliner Evening Telegraph als der Beginn des Teufelswerkes der Einführung des Wehrpflicht bezeichnet.

**Amerika.**

**Entziehung des Bürgerrechts.**

**Amsterdam, 15. Mai.** Einem hiesigen Blatte zufolge erfahren die Times aus New York: Vor einem Gericht in New York ist die Naturalisation des früheren Leiters des **Kosmopoliten** in New York, Friedrich Wurfelhardt, der 1883 naturalisiert worden war, für ungültig erklärt worden, da nach Zeugenaussagen Wurfelhardt öfter die Hoffnung ausgesprochen, daß Deutschland den Krieg gewinnen möge. Das Gericht entschied, daß ihm sein Bürgerrecht entzogen und er als Untertan eines feindlichen Landes behandelt werden soll, da er sein Bürgerrecht unter solchen Angaben erhalten habe. Denn er sei, als er den Treueid an Amerika ablegte, seinem Geburtslande Deutschland treu geblieben. Die amerikanische Regierung beabsichtigt, von diesem Falle Gebrauch zu machen, um das Bürgerrecht aller in Deutschland und anderen feindlichen Staaten geborenen Amerikaner, die sich an ihren Treueid nicht halten, für verfallen zu erklären.

**Sozialistenverfolgungen.**

Die französische Zeitung **La Sentinelle** schreibt in ihrer Nummer vom 20. April: „Die Verfolgung der Sozialisten in den Vereinigten Staaten dauert weiter fort. Mehrere tausend Sozialisten sind schon zu langjährigen Zwangsarbeiten verurteilt worden. Besonders richtet sich die Verfolgung gegen die Mitglieder der sozialistischen Organisation **Industrial Workers of the World**, diejenige Partei in den Vereinigten Staaten, die wirklich international und antimilitaristisch ist und seit Beginn des Krieges eine entwickelbare Haltung gegen die „mörderische Politik“ der Vereinigten Staaten eingenommen hatte.“

**China.**

**Japanisches Ultimatum an China.**

Die Washingtoner Post erklärt von halbamtlicher Seite, daß die japanische Regierung die Entsendung einer japanischen Armee von 200 000 Mann nach China vorgelesen habe, um gemeinschaftlich mit einer ebenso großen chinesischen Armee die Küste in China wieder besetzen zu lassen. Die chinesischen Truppen sollen von japanischen Offizieren befehligt werden. Im Falle der Ablehnung dieses Vorschlages werde Japan Truppen in die Provinzen Schantung und Erben entsenden, um seine Interessen zu wahren. Außerdem soll Japan an China ein Ultimatum, keine politischen und Finanzinteressen betr. verlassen haben. Es handelt sich um die politische Kontrolle der chinesischen Finanzen, um die Ausnutzung der chinesischen Eisenwerke und Schiffswerften unter japanischer Leitung und um die Anerkennung der japanischen Interessensphäre in der Kiangpalei.

200 000 Mann nach China vorgelesen habe, um gemeinschaftlich mit einer ebenso großen chinesischen Armee die Küste in China wieder besetzen zu lassen. Die chinesischen Truppen sollen von japanischen Offizieren befehligt werden. Im Falle der Ablehnung dieses Vorschlages werde Japan Truppen in die Provinzen Schantung und Erben entsenden, um seine Interessen zu wahren. Außerdem soll Japan an China ein Ultimatum, keine politischen und Finanzinteressen betr. verlassen haben. Es handelt sich um die politische Kontrolle der chinesischen Finanzen, um die Ausnutzung der chinesischen Eisenwerke und Schiffswerften unter japanischer Leitung und um die Anerkennung der japanischen Interessensphäre in der Kiangpalei.

**Aus aller Welt.**

**Die Cholera in Rußland.**

Die Panas aus Moskau meldet, wird aus den Provinzen Astrachan und Genka das Ausbreiten der Cholera gemeldet.

**Ein schwedischer Dampfer auf eine Mine gestoßen.**

**Stockholm, 14. Mai.** Vergangenen Sonntag fuhr ein schwedischer Dampfer an der schwedischen Westküste auf eine Mine und sank. Dabei kamen acht schwedische Seeleute um. Nach den verhandeltfreundlichen Plätern wie Tagens Andover zunächst behauptet hatten, daß die in letzter Zeit vor der schwedischen Küste treibenden zahlreichen Minen deutschen Ursprungs seien, veröffentlichte heute die Zeitung eine amtliche Erklärung des Marineamts, wonach es sich um englische Minen handelt. Im Anschluß hieran bemerkt Stockholm Tagbladet: Das fürchterliche Minenunglück, das acht Schweden das Leben kostete, ist die Folge der Auslösung eines für die schwedische Seefahrt und Fischerei äußerst gefährlichen Minenfeldes unmittelbar vor unserer Küste, wenn nicht sogar innerhalb der schwedischen Gewässer. In Ostergö und an der ganzen dortigen Küste hat diese Minierung nicht Bestätigung herbeigeführt. Es ist zum mindesten auffällig, daß man in London dieses Minenfeld nicht angefaßt hat, sondern ohne Warnung anlegte. Man kann nicht umhin, an die Minierung der Edeleisendüngung zu denken, die ein holländisches Schiff und seine Ladung über die Seelegung ins Unglück führte. Die Maßnahme ist ein neuer Beweis für die Verwilderung der Kriegführung.

**Die Rauchertarten in Oesterreich.**

In Wien fand vom 13. bis 16. Mai die Raubentwerfung in dem I. I. Koblstraffen statt. Man konnte sich auch für den Bezug emittierter Tobakerzeugnisse amüßigen, was innerhalb den Schluß zufaßt, daß das rationierte Raubzeug wirklich Tabak sein wird.

**Nach dreijähriger Gefangenenschaft frei.**

In Gießen wurde der jetzt sechzigjährige Bauunternehmer Zielinski in Freiheit gesetzt, der vor 30 Jahren wegen Geldmordes zum Tode verurteilt, dann jedoch zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden war.

**Räubertäter Heberfall auf einen Kassenboten.**

Wie aus Kallowig gemeldet wird, drangen in den Rajenraum der Haus- und Grundbesitzerbank zwei Kassenboten, der Bureaugehilfe Kabiniski und der Grenzamtshote Weiler, ein und forberten mit vorgehaltenem Revolver von dem Kassenteam die Geldkassenschlüssel. Auf die Quiserufe des bemängelt sich Weiler entflohen die Räuber, wurden aber eingefangen.

**Eine Obertanzfängerin ermordet.**

**Budapest, 15. Mai.** Die bekannte Operettensängerin **Mila Cordosich** ist in Konstantinopel ermordet worden.

**Strenge Kleiderkontrolle an der dänischen Grenze.**

Die dänische Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach der jeder Reisende an der dänischen Grenze ein Verzeichnis aller Bekleidungsgegenstände, die er mitführt und an sich hat, vorlegen muß. Das Verzeichnis wird nachgeprüft und abschließend und muß bei der Ausreise wieder vorgelegt werden. Eine neuerliche Prüfung verbietet, daß Bekleidungsgegenstände, die etwa in Dänemark angefertigt worden sind, ausgeführt werden.

**Pensionatsgründung mit verurteiltem Gelde.**

Verurteilungen in Höhe von etwa 87000 M., die sie in der Hauptstadt mit Hilfe erdlicherer Schicks erbeutete, führten die 20jährige Buchhalterin **Martha Wiemer** wegen schwerer Lebensverführung und Betrugs vor die 3. Strafkammer des Landgerichts in Berlin. Sie bisher unbestraft, aus der Untersuchungshaft vorübergehend freigegeben war seit 1918 bei dem Einlaufsverband **Pana's** als „Alerin“ angesetzt. Bei den monatlichen Abrechnungen mit dem **Diek** amien verbuchte sie seit August 1916 erhebliche Schuldzinsen, über die **Martha** selbst **Schicks** aus, die der Ehe ohne Bewusstheit unterlieh. Die **Konstat** erhob dann die **Verurteilung** selbst bei der **Pana's**. Jeden **Konstat** einigte sie sich auf diese Weise einen **Schicks** an, dessen Betrag immer größer wurde. Im ganzen erbeutete sie in 14 Fällen auf solche **Schicks** gegen 50 000 M., für die sie sich ein eigenes **Panfformo** anlegte. **Pana's** Teil verbrauchte sie das Geld für elegante Kleider, in der Hauptstadt oder verweirde sie das Geld für eine **Pana's**, die sie sich in der **Karlshagen** Straße für 25 000 M. einbraute. Die **Konstat** hat außerdem noch auf Rechnung des **Einlaufsverbandes** bei einer Reihe von **Pana's** die verschiedensten Waren bestellt, die sie sich bei **Pana's** kaufte, sie aber vom **Verband** bezahlen ließ. Im ganzen verbrauchte sie sich auf diese Weise für etwa 17 000 M. Waren, Stoffe, Spitzen, Seide, **Damenstrümpfe** u. a. m. Nach Aufhebung der **Schwanden** hat der geschädigte **Verband** nur einen **Prüfung** des verurteilten Geldes zurückbekommen. Das **Gericht** erkannte wegen fortgesetzten Betrugs auf 5 Jahre Gefängnis.

**Letzte lokale Nachrichten.**

**Zwei Gasbergstiftungen.**

Am Mittwochabend wurde in einem Hause der Rosenstraße eine 18jährige **Kontrollistin** bewußtlos aufgefunden. Sie hatte sich durch Einatmen von **Druchtgas** zu vergiften versucht. Die von der Feuerwehr angeführten **Wiederbelebungsvorläufe** waren nach 15 Minuten von Erfolg.

**Eine heftige Unfallschiffung.**

heute morgen gegen 7 Uhr erfolgte ein Alarm der Feuerwehr nach der **Wachstraße**, wo sich ein 17jähriger **Schüler** durch Einatmen von **Druchtgas** zu vergiften versucht hatte. Die angeführten **Wiederbelebungsvorläufe** waren nach 20 Minuten von Erfolg.

**Ein heftiger Unfallschiffung.**

heute heute vormittag gegen 10 Uhr in einem Hause der **Wachstraße** in **Nordstadt** **Schüler** fiel. Hierbei wurde bedeutender Schaden an **Wänden**, **Gartinen** und am **Büchse** anrichtet. Die **Wohnungs** in **Wachstraße** erlitt durch **Schicks** einen **Stanzungsfall**, erholte sich aber bald wieder. Die **herbeigerufenen** **Feuerwehr** beseitigte den angerichteten Schaden.

**Vorherige der sächsischen Landeswetterwarte**

für den 17. Mai 1918:  
Keine wesentliche Veränderung; Gewitterneigung.

**Der amtliche deutsche Kriegsbericht.**

vth. Berlin, 16. Mai. (Amtlich.)  
Bei Abwehr des heute früh erfolgten feindlichen Angriffes nördlich vom **Rennsch** **Milch** eine begrenzte **Feindrückzüge** in unserer **vorheren** **Linie** wurde. Ein erneuter **Partey** **Teufelsgas** der **Franzosen** **nordwestlich** vom **Kornitz** **Scheiter** unter **schweren** **Verlusten**.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.  
An- und Verkauf von Wertpapieren.  
Einlösung von Zins-, Gewinnanteil-  
scheinen und ausgelosten Wert-  
papieren.  
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und  
Waren.  
An- und Verkauf fremder Geldsorten.  
Scheckverkehr.

## Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9 im „Haus der Kaufmannschaft“ Schlachthofring 7  
Wettinerstraße 56, Hauptmarkthalle.

Einziehung und Ankauf von Wechseln.  
Verwaltung von Wertpapieren sowie  
Aufbewahrung geschlossener Wert-  
pakete.  
Vermietung von feuer- und einbruchs-  
sicheren Stahlfächern unter Ver-  
schluss des Mieters und Mitver-  
schluss der Bank.

# Marlitt Band 2,50

wieder eingetroffen

Residenz-Kaufhaus G. m. b. H.

**Spartaffe Leuben h. Dresden, Rathaus.**  
Gute Fahrperdamp. Straßenbahnlinie: Dresden-  
Leuben (Markt) - Bahnhof Niederziebig.  
Während der Arbeitszeit von 9 bis 1 Uhr.  
**Tägliche Verzinsung zu 3 1/2 Prozent.**  
Polischer Konto Nr. 1194. - Gemeindegeldstellen-Nr. 10.  
Bermittler: Ernst Niederlich 996. [W 58]

## SARRASANI

Freitag 7 1/2 Uhr: Mazepa - Ernst Thoen  
Sonntag 3 und 7 1/2 Uhr: Mazepa - Ernst Thoen  
Montag 8 und 7 Uhr: Mazepa - Ernst Thoen  
Dienstag 8 und 7 1/2 Uhr: Mazepa - Ernst Thoen  
Mittwoch 8 und 7 1/2 Uhr: Mazepa - Ernst Thoen

**VORVERKAUF:  
RESIDENZ-KAUFHAUS**  
und Circuskasse. [S 80]

Sarrasani-Procedero: 8 bis 11 Uhr Lustige Abende.

Heute und folgende Tage

Von Saßnitz nach Trelleborg  
Natur

Das zweite Ich  
Komödie in 1 Akt

Einlage

Bestraute Eitelkeit  
Lustspiel in 1 Akt

Verworrene Wege  
Vornehmer Kriminal-Schauspiel  
in 5 Akten  
mit Sacy von Blondel

Kammer-Lichtspiele  
Wilsdruffer Straße 29 [S 170]

Reisewerte!  
**Korea, das Land des  
Morgens.**  
Reiz Stellen gezeichnet von Angus Hamilton  
Mit 114 Abbildungen. - Preis 5,25 Mark.  
Volksbuchhandlung, Schillerplatz 10.

**Musenhalle** [W 5]  
Vorstand: Löttsch, Kesselstr. 17, Straßenbahn 7, 10, 22  
Täglich 8.10. Mit großem Beifall aufgenommen.  
**Der Sonntagshof**  
Bauerkomödie mit Gesang und Tanz in 5 Bildern.  
Reine Lustspiele und Fabeln.

Meintierzucht  
**Reidl's Hof**  
Niederwartha

Täglich geöffnet. Eintritt 25 Pf., Kinder u. Militär 15 Pf.  
Gerechter Pfingst-Ausflug mit Dampfer.  
Eisenbahn, Straßenbahn, keine Fußwanderung

Sonn- und Festtags:  
**Militär-Konzert**  
Jäger-Ersatz-Bataillon Nr. 13

In der großen Werkhofs: Kaninchen-Würstchen  
nach Halberstädter Art.  
Für Kinder:  
Schöner Spielplatz sowie Gels- u. Bonny-Weiten.  
Der prächtigste Pfingst-Ausflug.

## Goschütz

Der Kaninchenzüchterverein von Goschütz, Bittersee  
und Umg. hält diese Pfingstferien seine 1. Ausstellung  
in den dazu geeigneten Lokalitäten der Goschützer Höhe ab.  
Von Männern dieser Gasse sind zahlreiche Ehrenpreise zur  
Prämierung gestiftet worden, die den Inhabern guter Tiere  
ausgelobt werden. Deshalb verlohnt sich ein Besuch dieser  
Ausstellung, da ja auch Gelegenheiten geboten ist, in der dort-  
selbst stattfindenden Vorträge gute Zuhörer zu erlangen.  
Der Herr Vorsitzende wird ebenfalls bemüht sein, sein  
möglichstes zu tun, um die Besucher dieser Ausstellung der  
jetzigen Kriegszeit entsprechend zufrieden zu stellen. [W 38]

Der Vorstand:  
Paul Richter, Goldsch. Schulstraße.

**Selernte Dreher**  
loziert gesucht für Gefäßbau [S 27]  
Maschinenfabrik Rodtzsch & Schneider Nachf. H. G.  
Goldsch.

**Mädchen und Frauen**  
die gut beleumundet, gesund, kräftig, mindestens  
1,55 m groß und 20 bis 40 Jahre alt sind, werden als  
**Schaffnerinnen**

angenommen von Stadt. Straßenbahn Dresden, Rathaus  
am Altmarkt, 2. Obergesch. Zimmer 28, wochentags vor-  
mittags von 9 bis 12 Uhr. [S 31]

**Flotte Stenographin**  
erste Kraft im Maschinen-Schreiben, perfekt in der Aufnahme  
telephonischer Gespräche, zu sofortigem Antritt gesucht.  
Selbstgeschriebene Offerten an Raden & Comp. (Dresdner  
Volkszeitung), Dresden-A., Wettinerplatz 10.

**Flüh-Hals „Jumel“**  
Das unbedeutendste Werk-  
zeug für Jedermann!  
Die große Erfindung,  
um mit der Flüh so viel  
möglich zu schneiden, ist  
zuverlässig u. leicht,  
schon seit 1. Juli 1917  
in Gebrauch. Die Flüh  
schneidet wie eine Hand-  
säge, ist leicht u. bequem  
zu führen, ist mit  
3 verschiedenen Aufsätzen  
u. mit 200 Zähnen  
ausgerüstet.  
Mk. 4.20  
unter Nachnahme, Porto und Ver-  
packung frei.

General-Vertrieb  
**J. Höpfl, München 26**  
Landwehrstraße 39.

**Schmacht  
Kaninchen**  
faul ohne Därme mit Fell  
pro Pfd. 8.30 Mk., ohne Därme  
und ohne Fell pro Pfd. 4.25 Mk.  
Nachnahme zulässig. Porto u.  
Verpackung zu meinen Lasten  
oder zurück. Ohne vorherige  
Anfr. abgeben. **K. Viehoff,**  
Dresden, Bismarckstraße 88.

**Gemüse- u. Momentwaren**  
Bohnen, Erbsen, Tabakwaren,  
Feld-Corn, Feinstkaffee, Kakao,  
Wein, Obst, Gemüse, etc.  
Lieferung von Anfang Mai an.  
Vollständige Liste erbeten.  
Tümpel, Kamin, Gemüse-  
pflanzen. [S 318]

**Jahn & Hampel**  
Gebrauchsanleitung  
Dresden, Seifstraße 4, Tel. 16101

**Sanitärer**  
Bebauung für Kranke- und  
Wochenbetten. [S 10]

**Frau Heusinger**  
Am See 37. [S 2]

**Imprägn. Seidenmanteel  
Stoffmanteel u. Joden**  
Kostume in Stoff und Seide,  
Mäde, Hosen vert. preisw.  
Kaiserbau, Galeriestraße 2, I.  
B. Hofad, Stumpfen u. angel.

**Haare**  
20 M. p. kg  
Saarmanufaktur Schulte  
Wilsdruffer Straße 40, 2.

**Kriegs-Kochbuch**  
von **Mary Hahn.**  
Preis 1,50 Mk.  
**Die Kartoffelküche**  
Preis 70 Pf.  
Volksbuchhdlg. Schillerplatz 10.

**Bitte  
an Ferientreffende**  
Bei den jetzt beginnenden  
Ferien wird den Kindern viel-  
fach Gelegenheit geboten, mit  
der Flüh zu schneiden.  
Wir richten an alle Eltern  
und Erzieher die Bitte, ihre  
Kinder darauf aufmerksam zu  
machen, daß die Flüh, auch  
bei kleinsten Kindern, nicht ge-  
genständig werden dürfen, da die-  
selben ebenso wie die Kinder  
selbst Gefahr und Lust zum  
Schneiden haben. [S 93]

**Alter Tierkutschverein**  
Dresden, Kankulstraße 6, I.

**Felle jed. Art**  
zum vollen Höchstpreis.  
**Zeitungsn. Rilo 30 Pf.**  
Reichhaltige Bücher 25 Pf.,  
Zumpen, Wertpapier zu höchsten  
Preisen faulst. [W 160]

**M. Bahl, Gruberstr. 7**

**Leitertwagen, 1-6 Sitze,  
Räderwagen, Transport,  
Räderwagen u. Klappwagen,  
Reisekoffer usw. zu vert. bei  
Blüthel, Brünnel, 8. pt., in der  
Nähe v. Köhlerstr. u. Am See.**

**4 große Juchtkaninchen**  
mit Fell zu verkaufen.  
Tobian, Dorfplatz 7, Wäh.  
u. abds. 7 Uhr an im Hof.

**Richard Lommatzsch**  
Brennerei im 2. Arm. Regt. 101, 1. Pl.-G.-R.  
am 29. März, neun Tage vor seinem 20. Geburtstag,  
durch Verstoßung dem grauenhaften Völkerringen zum  
Opfer gefallen ist.

Heidenau, Dohnner Straße 18, 1.  
In tiefer Betrübnis: Die trauernden Eltern  
**Gott Lommatzsch** und Frau **Wilma** geb. Richter,  
**Wieland** und **Kurt** (Geschwister) nebst Angehörigen.

Wir können die nichts mehr bieten,  
Mit nicht mehr die erweisen,  
Auch keine Hand voll Blumen  
Nicht seine Grab die streuen.  
So schau denn wohl in Frieden,  
Du junges Menschenherz,  
Von und bist du geschieden,  
Ruh und ruhe im Himmel.

**6. Wahlkreis, Bezirk Raubitz.**  
Wir bringen hierdurch zur Kenntnis, daß unter  
Mitglied  
**Frau Anna Alsdorf** [S 45]

im Alter von 37 Jahren verstorben ist. Die Ver-  
erdigung findet Freitag den 17. Mai, früh 8 1/2 Uhr,  
auf dem Söbner Friedhof statt und bitten wir um  
gütliche Begeleitung. **Die Bezirksleitung.**

Wiedurch die traurige Nachricht, daß unser lieber  
Mitarbeiter, der  
**Schriftführer Heinrich Kloist**  
aus Stübendorf (Sachsen) verstorben ist. Ein  
ehrenvolles Andenken werden ihm beizubringen  
Dresden, den 16. Mai 1918  
Die Vorstandskollegen der Buchdruckerei **Geist & Wenzel**  
Beerdigung: Freitag 6 Uhr auf dem Söbner Friedhof

# Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

63. Sitzung. Mittwoch, 16. Mai 1918, vorm. 10 1/2 Uhr.  
Die Kammer beschließt zunächst mit 41 gegen 23 Stimmen, ihren früher erlassenen Beschluß auf Ablehnung der Leipziger Zeitung nach dem entgegenstehenden Votum der Ersten Kammer aufrecht zu erhalten.

Dagegen tritt sie dem Beschluß der Ersten Kammer, die Positionen des Kanalvereins zu Leipzig und des Rates der Stadt Leipzig um Erbauung eines Leipzig-Saale-Kanals der Regierung zur Verwirklichung zu überweisen, bei.

Zu einer Debatte führt der anwesende mündliche Bericht der Regierungskommission über den Entwurf eines Gesetzes über die Wahlrechtsfrage. Hier hat die Erste Kammer beschlossen, daß dem Plenausschuß neben dem Generaldirektor und dem Justizminister auch noch der Reichsgerichtspräsident angehören soll. Der jetzt demokratische, fortschrittliche und nationalliberale Seite wird die Wahl eines Gelehrten in den Ausschuss befehligt, während von der Regierungsbekämpfung die Zurückdrängung eines Gelehrten als eine Notwendigkeit hingestellt wird. Schließlich wird mit 41 gegen 27 Stimmen der Beschlüsse abgelehnt.

Eine weitere Abstimmung in der Beschlüssen beider Kammern ist durch die von der Ersten Kammer beschlossene Ablehnung eines selbständigen Landesgewerbeamtes herbeigeführt worden. Die Zweite Kammer bleibt jedoch bei ihrem früher gefassten Beschluß — Errichtung eines solchen — stehen.

Nach erledigter Tagesordnung gibt es noch einen kleinen Geschäftsausschuß.

Hrn. Wirth (Soz.) beschwert sich — zur Geschäftsordnung — darüber, daß ihm der Präsident des Wortes einer Erklärung verweigert, die sich auf eine im Populationsbericht zum Gesamtwahlplan der Staatsbahnen von sozialdemokratischer Seite aufgeführte Behauptung bezieht, daß von dem Vertreter der Staatsbahnenverwaltung der den Arbeitern durch das Stützlohsystem ausgehende Betrag mit abgezogen werde.

Präsident Dr. Vogel erklärt, es handle sich um einen Punkt, der noch nicht geregelt ist. Es handle sich um einen gegen Staatsbahnen erhobenen Vorwurf, weshalb die Regierung die Nennung der Namen der Verantwortlichen verweigere, was aber der Vertreter der Staatsbahnenverwaltung verlangen kann, was aber der Vertreter der Staatsbahnenverwaltung verlangen kann, was aber der Vertreter der Staatsbahnenverwaltung verlangen kann.

Das Verhalten des Präsidenten rief auf den Vorkäuf der Sozialdemokraten große Erregung hervor. Es werden Zwischenrufe gemacht wie: Das ist pöbellich! usw.

Präsident Dr. Vogel ruft darauf den betreffenden Abgeordneten zur Ordnung.

Nächste Sitzung: Donnerstag, demittags 11 1/2 Uhr.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Sachsen und Litauen.

Die den Leipziger Neuesten Nachrichten von gut-unterschiedeter Seite mitgeteilt wird, ist die Entscheidung über das künftige Schicksal Litauens in der letzten Zeit ihrem Ende wesentlich näher gerückt. Es scheint danach, als ob die Kandidatur des Herzogs von Uraich, die vor einigen Monaten von geschäftskundigen Politikern stark in den Vordergrund gehoben wurde, jetzt ermöglicht als erledigt angesehen werden kann, daß dagegen der Gedanke eines möglichen Anschlusses Litauens an Sachsen sehr erheblich an Boden gewonnen hat, nicht zuletzt dadurch, daß er auch von militärischer Seite wärmste Unterstützung fand. Eine große Anzahl von Bundesfürsten, so wird dem Blatte berichtet, hat sich bereits dafür ausgesprochen, daß bei der endgültigen Regelung der Ostfrage eine möglichst enge Verbindung zwischen Sachsen und Litauen geschaffen werde.

Die gegenwärtige Stimmung zu dieser Angelegenheit bereits mehrfach dargestellt und haben auch jetzt keinen Anlaß zu einer anderen Auffassung. Woher sich die Litauer einen Mann für ihren Thron holen, wenn sie einen solchen erwählen sollen, läßt uns gleichgültig. Verfällt man bei der Wahl auf einen sächsischen Prinzen, ist das wahrscheinlich auch noch kein Unglück. Nur gegen die abenteuerlichen Politiker wenden wir uns, die sich alle möglichsten und einige andere wirtschaftliche und politische Vorteile von der ersten Verbindung Sachsens mit Litauen versprechen.

### Eine Beamten-Rundgebung zur sächsischen Wahlrechtsfrage.

Als Antwort auf eine gegen eine Wahlrechtsreform gerichtete Erklärung konterbatter Beamter erklärt der Beamtenausschuß des nationalliberalen Reichsbereichs folgende Anschlüsse zur Frage der Reform des sächsischen Landtagswahlrechts:

Daß die nationalliberale Fraktion der Zweiten Kammer anfänglich vor einer Abänderung des gegenwärtigen Wahlrechts noch eine weitere Entwicklung der Wahlrechtsfrage abwarten wollte, so hat sie sich schließlich offenbar doch überzogen, daß infolge des Weltkrieges und der dadurch notwendig gewordenen weitgehenden Erfüllung der Frage, allen Staatsbürgern gleiches Wahlrecht zu geben, ein Wahlrecht, das sich nach Einkommen und Grundbesitz abteilt, unvertretbar geworden ist ganz gleichgültig, ob man es erst einmal oder schon wiederholt gewählt wurde. Wir vermögen daher nicht, der nationalliberalen Fraktion einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie sich nicht an einen Zustand festklammert, der sich nicht mehr aufrechterhalten läßt, sondern als Vertreterin einer Mittelpartei durch den im Verhandlungsausschuß nur von den konterbatter Stimmen abgelehnten Antrag Dr. Zehert einen Ausgleich der Wahlrechtsordnung zu schaffen sucht. Unsere konservativen Amtswortgenossen scheinen bei ihrer Reizung gegen dieses Vorhaben zu übersehen, daß der Einfluß der Beamten bestimmen auf die Landtagswahlen infolge des Alters mehr schon dadurch erheblich vermindert worden ist, daß zahlreiche Wahlberechtigte wegen der ungewissen hohen Besteuerung der Einkommen zu drei- und vierfachen nicht mehr wählen in der Lage sind. Vor allem aber darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Antrag Dr. Zehert das durch zwei Zusatzzimmern bewirkte gleichberechtigte Wahlrecht nur in Verbindung mit der Wahlrechtsreform steht, gerade dadurch aber die Minderheit ist und damit auch bewährten Beamtenvertretern die Möglichkeit zur Erlangung des Eigen in der Zweiten Kammer erhalten will. Sollte unseren Amtswortgenossen dies noch nicht als genügend Ausgleich erscheinen, so bitten wir sie, in so eifriger mit uns handeln zu wollen, daß der Erfolg der Staats- und Gemeindefürsorge baldigt in der Ersten Kammer durch Abgeordnete vertreten werden, die sie aus ihrer Mitte wählen und die Beamtenkammern einflußreich werden.

Man sieht, daß auch die nationalliberalen Beamten die Wahlrechtsfrage wie ein Schwertgeißel behandeln und von

dem Grundsatz der politischen Gleichberechtigung bei allem Reformeifer noch weit entfernt sind.

### Gerüchte über die Nachfolge Dr. Nagels.

Zeitungsmitteilungen zufolge soll für den Posten eines Justizministers in erster Linie der frühere Reichstagsabgeordnete und spätere Landtagsabgeordnete Dr. Heinze, jetzt Unterstaatssekretär im kirklichen Justizministerium in Betracht kommen. Dr. Heinze gehört der nationalliberalen Partei an. Außerdem werden als Ministerkandidaten für die durch Dr. Nagels Tod freigewordene Stelle noch genannt: Geheimrat Justizrat Dr. Maher, Vortragender Rat im Justizministerium, und der Präsident des Dresdner Landgerichts, Dr. Gallentamp.

### Das sächsische Kohlenregalgesetz.

Die Erste Kammer nahm am Mittwoch gegen vier Stimmen den Gesetzentwurf auf Einführung des staatlichen Kohlenabbauregals an. Die Zweite Kammer stimmt am heutigen Donnerstag darüber ab; auch dort wird die Vorlage trotz mancherlei Bedenken voraussichtlich einstimmig angenommen werden. Denn auch in der verschlechterten Fassung bleibt das Gesetz doch noch einigen Schutz gegen die wilde Spekulation mit den Kohlenvorräten des Landes. Es ist also besser das Gesetz, das übrigens nur für zehn Jahre gelten soll, in Kraft treten zu lassen, als die sächsischen Kohlenvorkänge der privaten Ausbeutung zu überlassen.

### Aus dem 16. sächsischen Reichstags-Wahlkreis.

Am Sonntag wurde eine Kreisversammlung im Volkshaus in Chemnitz abgehalten. Nach kurzer Einleitung des Vorsitzenden, Genossen W. Müller, über die Stellungnahme zur Landesversammlung, setzte eine außerordentlich lebhaft ausgeführte Rede ein. Die Steuerfrage und die Frage der Doppelmandate beschäftigten in hervorragendem Maße die Versammlung, die auch die Übergangswirtschaft und die Weisheit behandelte. Zur Steuerfrage wurde ein Antrag Richter angenommen, der unter Hinweis auf die auf dem Parteitag 1913 in Jena beschlossene Resolution zum grundsätzlichen Ablehnung der dem Reichstag vorgelegten Steuerentwürfe verlangt. Ein Antrag, Doppelmandaturen beschränkt zuzulassen, und ein weiterer, Wiedereinführung der Maßregel ab 1919 betreffend, wurden abgelehnt.

Als Delegierte zur Landesversammlung wurden durch Stimmzettel gewählt: Genossen Böckel und die Genossen Hausbold und Becker, nachdem die Versammlung beschlossen hatte, das dem Kreise zustehende Delegationsrecht nicht voll auszunutzen.

Zur Beitragsfrage berichtete Genosse Weber; im Auftrage des Vorstandes und des Ausschusses empfahl er Erhöhung der Beiträge für männliche und weibliche Mitglieder um 50 Prozent, das ist von 10, bzw. 5 Pf. die Woche auf 15 und 7 1/2 Pf. die Woche. Das Eintrittsgeld soll von 20 auf 30 Pf. festgesetzt werden. Nach reichlicher Aussprache fanden diese Anträge gegen wenige Stimmen Annahme. Diese Erhöhungen treten am 1. Juli 1918 in Kraft.

### Die ersten Eier aus der Ukraine.

Unter den Eiern, die von der Stadt Leipzig jetzt an die Bevölkerung zur Verteilung gelangen, befinden sich zum erstenmal Eier aus der Ukraine. In Frage sind in dieser Woche zwei Waggon mit Eiern aus der Ukraine in Leipzig eingetroffen.

Leipzig. Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat die Landesversicherungsanstalt im Königreich Sachsen eine Beratungsstelle in Leipzig eingerichtet, die den Zweck hat, Personen, die an Geschlechtskrankheiten leiden oder gelitten haben, eine sorgfältige und streng verschwiegenen Beratung zu erteilen zu lassen. Eine ärztliche Behandlung der Kranken, gelegentlich der Beratung, ist grundsätzlich ausgeschlossen. Die Fürsorge der Beratungsstelle erstreckt sich auf alle im Bezirke der Reichshauptmannschaft Leipzig wohnenden oder dauernd beschäftigten Personen, die bei der Landesversicherungsanstalt versichert sind oder der nach der Reichsversicherungsordnung versicherten Bevölkerung angehören, mögen sie von Militärbehörden, Krankenhäusern, Krankenhäusern oder Ärzten oder der Landesversicherungsanstalt der Beratungsstelle überwiesen sein oder aus eigenem Antrieb sich vorstellen. Gegenüberfalls ist die Fürsorge auf Familienangehörige auszudehnen.

Chemnitz. Gegen einen Strafbefehl, der auf fünf Wochen Gefängnis und 5000 M. Strafe lautete, hatte der Landwirt Jäger in Röhrsdorf gerichtliche Entscheidung beantragt. Als Geschäftsführer seiner Ehefrau hatte er der Reichsbahnverwaltung der Stadt 22 Zentner Hafer zum Preis von 75 M. den Zentner (1) angeboten und geliefert, obwohl wegen der Höchstpreisüberstreichung ein Auftrag nicht erteilt worden war. Der Höchstpreis betrug 15,50 M. Der Marktwert der Hafer war durch Strafbefehl mit 3000 M. Strafe belegt worden, weil er sich bei dem Handel nicht einwandfrei verhalten hatte. Auch er hatte Antrag auf gerichtliche Umwidmung gestellt, mit dem Erfolge, daß die Strafe auf 300 M. herabgesetzt wurde. Gegen Jäger lautete das Urteil auf zwei Monate Gefängnis und 3000 M. Strafe, und zwar wegen unerlaubter Ausfuhr aus dem Kommunalverband und wegen Höchstpreisüberstreichung.

Sauer. Um der Bevölkerung die in den Kinos vorgelegte Kost zu verbessern, vor allem die oft platten und anstößigen Bilder auszumergen, hat die hiesige Gemeinde ein Kino erworben. Es wird ausschließlich von der Gemeinde verwaltet und betrieben und am 18. Mai eröffnet.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Weil er gegen wannig Mädchen kommen dem Hofdirektor Salzer einen Zentner Weizenmehl ohne Kosten geliefert, hatte wurde der Mühlenspäher Goldammer in Chemnitz vom Landgericht zu Chemnitz zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt. — Einem Hund entbunden wurde in Chemnitz der 10 Jahre alte, langjährige Güterbesitzermeister Gintzke aus dem dortigen Bahnhofs, der im Verdacht steht, Bahnschadungen herbeizuführen. Seit längerer Zeit wurden auf dem Bahnhofsweiden, namentlich Lebensmittel, entnommen, ohne daß die nötigen Maße, den Taten zu entsprechen. — Ein Torsion dominiert sich in der Sandbergstraße in Leipzig beim Rücküberfahren eines Straßenbahnwagens ein Unfälle wurde von der Hand einer unvorsichtigen Führerin los, wurde von der Bahn umgestoßen und der am Wagen angebrachten Schutzvorrichtung sofort zerstört. — Ein Unfallfall betraf in Oberreitersdorf bei Pöhlitzwiese die Besetzung einer Pflanzung auf einem mit Fenchel befruchteten Felderwegen der Gutshausbesitzerin Emma Grottel. Dieser gut ab und künftige mit dem Kopf so unglücklich auf das Gesicht, daß der Tod nach zwei Stunden eintrat.

## Stadt-Chronik.

### Städtische Ernährungsfragen.

In der gestrigen Besprechungsbesprechung im städtischen Lebensmittelausschuß wurde zunächst den in der Stadt umhergehenden „beunruhigenden“ Gerüchten, daß die vor einigen Wochen stattgefundenen Herabsetzung der Fleischration eine Folgeerscheinung der Leipziger Frühjahrsmeiße gewesen sei, ganz entschieden entgegengetreten. Für die Befestigung der Fleischzufuhr seien von der Landesstelle 100 Zentner Gefrierfleisch zur Verfügung gestellt worden, „etwas“ habe außerdem die Stadt Leipzig aufgetrieben und „etwas“ habe auch die Reichsstelle gegeben.

Das Kriegs Ernährungsamt hat zwar noch keine Entscheidung über die Frage der erneuten Zulassung von Hauschlachtungen gefaßt, doch ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß in den Herbstmonaten, vielleicht auf eine beschränkte Zeit, Hauschlachtungen allgemein wieder genehmigt werden dürfen. Damit jedoch auch die Allgemeinheit aus diesen Hauschlachtungen einen Nutzen hat, wird voraussichtlich angeordnet werden, daß ein Teil des aus Hauschlachtungen gewonnenen Fleisches der allgemeinen Fleischversorgung zugeführt werden muß.

Mit Rücksicht auf die starken Kartoffeleingänge im März und April hat die Stadt zunächst die Voraussetzungen zur Sammelkarte durchzuführen können und neuerdings eine Vorausbelieferung der weiteren 4 Abschnitte der Sammelkarte bis Ende Juni ins Auge fassen können. Diese Vorausbelieferung war für die Stadt eine Notwendigkeit, denn es ist unmöglich, große Kartoffelbestände, wie sie bei dem Bedarf der Stadt Dresden erforderlich sind, in großen Lagern bis zum Ende des Wirtschaftsjahres aufzubewahren. Die Läger werden, um die Haltbarkeit der Kartoffeln zu erhöhen, dauernd umgearbeitet und die Kartoffeln entleert. Mit dieser Arbeit sind zur Zeit außer 200 männlichen Arbeitskräften noch 150 Schulmädchen beschäftigt. Gleichwohl ist es nötig, daß die Kartoffeln aus den größten Lägern entfernt und in Einzellager gebracht werden. Die Kartoffel hält sich im Lager des einzelnen Haushalts naturgemäß besser, weil sie besser aufbewahrt und gepflegt werden kann. Aus diesem Grunde ist die Stadtverwaltung im eigenen Interesse der Verbraucher bestrebt gewesen, eine Vorausbelieferung anzuordnen. Um eine solche für den Juni zu fördern, hat die Stadt die Annahmestelle auf die Belieferung der Abschnitte 8 bis 11 bis Samstag den 18. Mai verlängert. Bei den gegenwärtigen Eingängen kann jeder Einzelhaushalt, der gegenwärtigen Verbrauch macht, bestimmt darauf rechnen, bis Ende Juni vorausbeliefert zu werden.

In den Volkshäusern findet eine vermehrte Verwendung von Dörrgemüse statt. Es wird nur jede Woche einmal Dörrgemüse geliefert, mitunter mit Gewürz versehen. Es wird sorgfältig zubereitet und Pflügen über die Schmelzhaltigkeit sollen noch nicht erhoben worden sein. Die Zahl der in den Volkshäusern im April ausgegebenen Portionen belief sich auf täglich über 72 000, wovon etwa 10 000 ohne Marken abgegeben wurden. Nächstens soll auch noch eine ärztliche Überwachung der Volkshäuser stattfinden. Uebrigens wurde noch betont, daß das Dörrgemüse von 1917, weil die Fabriken noch nicht genügend Erfahrungen bei der Trocknung hatten, oft zu wässrigen übrig ließ und dadurch in Verfall gekommen ist. Der neulich zur Verteilung gelangte Dörrweizkohl ist jedoch von tadellosster Beschaffenheit gewesen und deshalb sehr begehrt.

Eine Rationierung der Seefische kann bei andauernd ungenügenden Eingängen auch nach Ueberzeugung der Sachverständigen nicht erfolgen. Selbst die Einführung einer Sperrempfiehlt sich nicht, da die Fische noch am Tage ihres Einganges an die Verbraucher gelangen müssen. In den letzten vier Wochen stiegen sich die Eingänge auf 500, 283, 43 und 600 Zentner Seefische und 2684, 2688, 4349 und 1218 Kisten Pölklinge, 4 1/2 Pfund. Die Seefischwirtschaft partizipieren an den Eingängen angeblich mit nur 10 Prozent, in Wirklichkeit wohl aber in viel höherem Maße.

Zur Beschaffenheit des Brotes wurde mitgeteilt, daß es zu 80 Prozent aus Roggenmehl, 10 Prozent Weizen- oder Weizenmehl und 10 Prozent Hartweizenmehl besteht. Roggenmehl wird also zur Streckung nicht verwendet. Mit der Weizenmehlstreckung mußte aufgehört werden, da dieses Mehl knapp zu werden beginnt. In den letzten Wochen hat übrigens ein fauler Einkauf von Weizenmehl stattgefunden, so daß tatsächlich eine vorübergehende Streckung eingetreten ist. Manche Bäckermeister, namentlich in Chemnitz, haben auch die Abgabe von Mehl verweigert, weil sie glaubten, schließlich das Semmelbrot einstellen zu müssen, wobei ihr Verdienst größer ist. Die Vorkommnisse sind jedoch vom Lebensmittelausschuß erfaßt worden, auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß eine Zurückhaltung des Weizenmehls zu Nothzwecken nicht stattfindet, andernfalls der Kommunalverband sich zum Erlass eines Semmelbrotverbots genötigt sehen würde.

### Kolonial-Ausstellung.

Der Ausschuß für Deutsche Kolonial-Propaganda wird Freitag, 11. Uhr, im Albertinum eine Kolonial-Ausstellung eröffnen, die den Zweck verfolgt, der breiten Öffentlichkeit die Notwendigkeit deutschen Kolonialbesitzes vor Augen zu führen. Der Bevollmächtigte des Ausschusses, Dr. Johannes März, wies bei der getragenen Vorbereitungen durch die Vertreter der Presse darauf hin, daß Deutschland für die Zukunft ohne Kolonialbesitz nicht lebensfähig bleiben könne, denn einen großen Teil unserer Rohstoffe und Lebensmittel haben wir vor dem Krieg aus den Kolonien bezogen. Würden wir diese verlieren, so wären wir in Zukunft nur auf das angeordnete, was uns Amerika und England an Kolonialprodukten zuführen wollen. Als Hauptausstellungsgegenstände bei der Ausstellung des reichen Materials hob er hervor: 1. die wichtigsten kolonialen Produkte in ihrer Entstehung und Verwertung darzustellen; 2. einen ethnographischen Einblick zu geben in die Lebensweise der Kolonien und in das Leben ihrer Bewohner; 3. in einer bildlichen Statistik die Bedeutung der Kolonialwirtschaft für die deutsche Wirtschaft anschaulich zu machen.

Bei der folgenden Reduktion durch den Leiter der Ausstellung, Herrn Konrad Zäuner, machte sich die Bedeutung des Stalles amnehmbar. In einer Kartenübersicht wird zunächst der deutsche Kolonialbesitz in Deutsch-Ost- und Süd-

[5 170]

übe

mpfe

ause

resden

ndlung

weil

sch

Blüb

lief

lief

lief

lief

lief

lief

lief

lief

lief

westafrika, in Kamerun, Togo, auf den Südeer-Inseln und in Ostafrika vor Augen geführt. Dann folgen in klarer Anordnung und in guten Präparaten die Produkte und Rohstoffe, die wir bis zum Kriegsausbruch aus den Kolonien bezogen haben, nebst Angaben über die Größe des Exportes. Sehr lehrreich und interessant dürfte für viele die Angaben und Darstellungen sein, wie die verschiedenen Produkte und Rohstoffe gewonnen und verarbeitet werden. Namentlich Rohbaumwolle, Kautschuk, Kakao, Kautschuk, Elfenbein und Kautschuk spielen dabei eine große Rolle. Von Lebensmitteln sind es besonders Reis, Zuckerrohr, Mais, Sojabohnen, Ananas, Gewürze und Rindfleisch, von dem vor dem Kriege die deutsche Ausfuhr den Wert für 75 Mill. hatte.

Die ethnographische Abteilung veranschaulicht vor allem in zahlreichen plastischen Gruppen das Leben der Eingeborenen in den Kolonien. Gereros, Buschleute, Nagnaden u. a. sieht man in ihren Sitten bei der Arbeit und auf der Jagd. Ganz besonders feinst sind die zahlreichen kunstgewerblichen Gegenstände, die sie in ihrer freien Zeit schufen. Sie legen zum Teil ein sprechendes Zeugnis von dem entwickelten Geschmack dieser Naturvölker ab. Wertvolle Verzierungen wechseln mit charaktervollen Holz- und Eisenarbeiten ab. Weiter sieht man äußerst dauerhafte Gewebe aus Baumrinde hergestellt. Konfigurationen zeigen die Anfänge einer neuen Bilderkunst. Vervollständigt wird diese Abteilung durch zahlreiche Bilder und Darstellungen von Land und Leuten von dem bekannten Kriegsmaler H. v. S. und durch eine große Menge Naturaufnahmen, die das Leben und das Leben der Eingeborenen zeigen.

Die dritte Abteilung enthält hauptsächlich bildliche Statistiken, die die Bedeutung der kolonialen Produkte für die deutsche Wirtschaft darstellen. Die Statistiken wirken zum Teil überzeugend, wie ja auch heute die Auffassung, daß unsere entwickelte Kultur auf die kolonialen Produkte nicht verzichten kann, allgemein sein dürfte. Die Streitfrage ist nur, in welcher Form diese Produkte volkswirtschaftlich und politisch gewonnen und überführt werden. Wenn das im freien Austausch mit den Eingeborenen der Kolonien geschieht, ohne daß diese verzwängt werden, dann ist ein solcher Verkehr und Austausch im Interesse der fortschreitenden Kultur nur zu begrüßen. Nur die kapitalistische Ausbeutung gibt heute dem Kolonialgedanken ein abstoßendes Gepräge. Wenn man deshalb will, daß der Gedanke volkstümlicher werden soll, so muß man ihn vor allem von dem kapitalistischen Geistesstand befreien. Von dem abgesehen, bietet jedoch die Ausstellung so viel des Unterrichtenden und Lehrenden, daß ihr Besuch ohne weiteres empfohlen werden kann.

**Straßenbahn-Tariffragen**

Werden heute abend die Stadtverordneten beschäftigen. Von den Vereinigten Ausschüssen wird dem Kollegium vorgelegt, in Übereinstimmung mit der Stabsvorlage zu beschließen, daß vom 1. Juli 1918 an an Stelle der Halbtageskarten Siedenerkarten zum Preise von 1 M. ausgegeben werden, die auch Sonntags gelten. Die Preise der Monats- und Zeittarife werden erhöht, und zwar für eine Linie um 1 M., für zwei Linien um 1,50 M. und für alle Linien um 2,50 M. unter Beibehaltung des einfachen Preises der Monatskarten für Jahreskarten und unter weiterer Beibehaltung der ermäßigten Tarife für Schüler und Lehrlinge. Die Preise der Arbeiterwochenkarten sollen gleichfalls erhöht werden, und zwar für eine Linie um 10 Pf., für zwei Linien um 20 Pf. Inwieweit die dadurch erzielte Mehreinnahme zur Deckung des durch die Lohnerhöhungen, die einmöglichen Teuerungszulagen und die Erhöhung der besonderen Kriegsteuerungszulagen entstehenden Mehraufwands nicht ausreicht, soll der ungedeckte einmalige Aufwand auf den Betriebsüberschuß der Straßenbahn im Jahre 1917 verwiesen werden. Weiter interessiert, daß von einer Erweiterung des Vergünstigungstarifs für Zeittarifen abgesehen werden soll, auch hat für den Zeitraum von zwei Jahren, also bis etwa Mitte des Jahres 1920, jede weitere Minderung der Straßenbahnfahrpreise zu unterbleiben. Die Villetaxe wird dahin abgeändert, daß die Steuer erst bei einem Eintrittsdreieiß von 20 Pf. (nicht 10 Pf.) beginnt. Weiter soll der Rat ersucht werden, den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen zu lassen, über die Einführung ermäßigter Fahrgelegenheit bis zu einer Einkommensgrenze von 2500 M., soweit es sich um täglich zwei Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte handelt.

**Keine Sonderzuweisungen zu Pfingsten?** Uns geben diese Zuschriften zu, in denen lebhaft bedauert wird, daß von irgendwelchen Sonderzuweisungen von Lebensmitteln für die Pfingstfeierlage noch nichts zu merken ist. So schreibt einer dieser Entsender: „Je mehr man die Bevölkerung mit den großen Lebensmittelendungen aus der Ukraine tröstelt, desto weniger erhalten wir anscheinend. So ist es wenigstens bei uns in Dresden. In der Weihnachts- und Osterwoche hatte man wenigstens noch einige kleine Ertragsgaben übrig (Wein, Äpfel, Eier); diesmal scheint man gar nicht wissen zu wollen, daß Feiertage vor der Tür stehen, und daß doch unserer recht entbehrungsbedürftigen Bevölkerung eine kleine Sonderzuwendung (um nicht zu sagen Extrazug) recht tut. Seien es auch nur ein paar Eier oder Del, das doch bei dem winzigen Fleischquantum und bei dem vielen Konsum von Salat und sonstigem Grünzeug schon aus gesundheitlichen Rücksichten notwendig wäre. Also, Lebensmittelamt, tue deine Pflicht und noch was Uebrig!“

**Der Bezirksausschuss Dresden-Neustadt** hat in seiner Sitzung am Mittwoch den ursprünglichen Beschluß der Gemeinde Dobry auf Erhebung von Zuschlägen zur Hundesteuer und die Erhöhung des Rekruten im Sparneinstiegbezirk Blaserwitz genehmigt, desgleichen den 1. Ratsrat zu den Bestimmungen über die Unterstützung der in den Ruhestand verlegten Bedarmen des 1. Gebirgsregiments (Schwarz) im e den Satzungsentwurf der Gemeinnützigen Stiftung der Amsthausmannschaft Dresden-Neustadt und die Satzungen für die drei Arbeitsnachweinstellen des Bezirks: Radeberg, Radeberg, Radeberg und Hellerau. Außerdem wurden mehrere Schenkungsgeschäfte erledigt. In der geheimen Sitzung gelangten meist Rekurse in Gemeindesteuerfällen zur Verhandlung.

**Liquorei durch Kinder.** In den Ferien häufen sich die Anzeigen wegen Liquorei durch Kinder. Diese sind sich oft gar nicht bewußt, daß sie durch ihr Tun und Treiben Tiere quälen. Schmetterlinge, Käfer, Insekten usw. benutzen sie als Spielzeug, wobei die Tiere viel Qual leiden müssen. Auch die nützliche Vogelwelt wird in ihrem Brutgeschäft durch Kinder

getötet. Hunde, Stiegen, Kaninchen usw. werden in der Reizeit häufig vom Dienstpersonal in der Fütterung und Pflege vernachlässigt. Der Alle Tierbeschützer, Augustusstraße 6, 1., bittet alle Erwachsenen und Erziehungspflichtigen, ein wachsames Auge zu haben und ihm öffentliches Vergernis erregende Tierquälereien unter genauer Adresse, möglichst mit Zeugnisausgaben zur Weiterverfolgung zu übermitteln.

**Die Beisetzung Richard Plecks,** dessen Hinscheiden im einem belagerten Festungsblazett wir am 10. Mai mitteilten, wird in einem Feldpostbriefe geschildert, den uns ein Freund und Kollege des Verstorbenenugehen ließ. Es heißt darin: Am 11. Mai, einem herrlichen Montag voll Sonnenschein und Blütenpracht, wurden die sterblichen Überreste unseres Richard Pleck zur letzten Ruhe gebettet. Zahlreich war das ausschließlich militärische Trauergesolge. Offiziere des Bataillons und der Kompanie gaben mit familiären dienstlichen Unteroffizieren und Mannschaften der Kompanie dem Kameraden Pleck, der so schnell und unerwartet aus ihrem Reihen gerissen wurde, die letzte Ehre. Vier Kollegen standen am Grabe des Freundes. So waren im Sinne nach vertreten. Das Personal und keine Freunde der Dresdner Volkszeitung, Partei und Gewerkschaft, die Naturfreunde Dresdens und der Dresdner Buchdrucker-Verein. Also die Korporationen, in denen unser Freund sein Leben lang gewirkt hat und deren Ziele und Bestrebungen er stets in treuer Pflichterfüllung hoch hielt und förderte. Und nicht zuletzt stand auch mancher alte, während des Krieges ergraute Landsturmann der Kompanie nicht bloß als Soldat am Grabe des Kameraden Pleck, sondern widmete dem Partei- und Gewerkschaftsgenossen den letzten Abschiedspruch. Umrahmt wurde die Trauerfeier von Choralen der vollständigen Kapelle des Landsturm-Bataillons Dörmum, den kurzen Reden des Gouvernements-Flarrers, des Kompanieführers und eines Offiziers des Bataillons-Stabes. Drei Ehrenhalben konnten über das Grab unseres Freundes und Genossen, und die Feier hatte ihr Ende gefunden. Im Herzen aller aber, die Richard Pleck als Freund und Kameraden kennen und schätzen lernten, wird sein Andenken in Ehren gehalten werden für alle Zeiten.

**Bei Sartasani** finden in den Pfingstferien, und zwar vom Sonnabend bis zum Mittwoch, täglich zwei Vorstellungen statt. Sie beginnen nachmittags um 8 Uhr, abends um 7 1/2 Uhr, außer an den beiden Feiertagen, wo der Anfang bereits auf 7 Uhr festgesetzt worden ist. Im Interesse der auswärtsigen Zirkusbesucher, die dann für die Rückfahrt günstige Anschlüsse erreichen können. Der Vorverkauf findet außer an der Zirkuskasse im Residenz-Kaufhaus statt.

**Aus der Umgebung.**

**Dresden.** Konservendverkauf morgen Freitag gegen Wegschneiderei 1 bis 150 von 8 bis 9 Uhr, 151 bis 300 von 9 bis 10 Uhr, 301 bis 450 von 10 bis 11 Uhr, 451 bis 600 von 11 bis 12 Uhr, 601 bis 750 von 2 1/2 bis 3 1/2 Uhr, 751 bis 900 von 3 1/2 bis 4 1/2 Uhr, 901 bis Ende von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr. Kaffe im Gemeindegarten; Ausgabe: Verteilungsbüchse Dörmumstraße. Auf Begünstigten 38 feste Stangen Dörmum, Alldose 1,50 M. Es erhalten Haushalte von einer Person eine Dose, von zwei Personen zwei Dosen und von drei und mehr Personen drei Dosen. — So rühen in Dosen pro Haushalt eine Dose. Ein kleiner Pöfen Fleischkonserve, Zwei-Allo-Dose 1,50 M., wird, soweit der Vorrat reicht, am Haushalte über drei Personen verkauft. Am dritten und letzten Freitag Sec. 1. Die Nummer 601 bis zweiter werden befreit.

**Steisch.** Der Gemeindevorstand wünscht über den im hiesigen Ort bestehenden resp. zu erwartenden Wohnungsmangel unterrichtet zu sein. In sämtlichen Mietern des hiesigen Ortes eracht das Ersuchen, spätestens bis 22. Mai mitteilen zu wollen, ob und welche Schwierigkeiten in bezug auf Erlangung von Wohnungen zu verzeichnen sind.

**Steisch.** Morgen Freitag werden auf Grund der Fundstelle in den Brunnengassen auf den Kopf der Bevölkerung 350 Gramm Runkelrüben zum Preise von 53 Pf. und 120 Gramm Himbeere fast zum Preise von 35 Pf. abgegeben.

**Gesellschaft.** Am Freitag im Hofe des Gemeindeamts Verkauf von Perlingen, 100 Gramm für die Person. Lebensmittelkarten 1-200 von 1/2-3 Uhr; 201-500 von 3-4 Uhr; über 500 bis 6 Uhr. Die Lebensmittelkarte ist vorzulegen.

**Teuben.** In den nachstehend aufgeführten Geschäften haben für die hiesige Einwohnerzahl Männer, Frauen- und Kinderkämpfe zum Verkauf: Louis Oberlein, Karl Mah, Max Schubert, Johann Herrmann, Heide Adel, Flora Silbermann, Konstantin, Dresden Straße 43, in Teuben. Paul Hauff, Marie Kunth, E. Schumann, Helene Witmer in Teuben, Ortsteil Niederhölsch.

**Gerichtszeitung.**

**Landgericht.**  
Bezirkskommissar.

Der schon oft und häufig, unter anderem auch mit vier Jahren Justizhaus vordereichte Angeklagte Kurt Emil Schöler sucht die Opfer seiner Betrügereien meist beim weiblichen Geschlecht. Am 14. November 1917 hatte der 33jährige Angeklagte erst eine mehrjährige Freiheitsstrafe verbüßt, als er sich sofort wieder mit einem Mädchen in ein Verhältnis einließ und ihr die Ehe versprach. Nach einiger Zeit teilte er seiner Braut und später deren Vater mit, daß er in Leipzig eine gute Stellung in Aussicht habe, wogegen er aber eine Summe von 2000 M. benötige. Er habe aber nur noch 200 M. Ersparnisse. Der Vater des Mädchens fiel auf den Schwindler herein und gab dem zukünftigen Schwiegersohn das Geld. Er verließ damit ab und ließ sich nicht wieder sehen. Als er festgenommen wurde, war das Geld verbrannt. Das Gericht lehnte mildernde Umstände ab und erkannte wegen Rückfallbetrugs auf ein Jahr zwei Monate Justizhaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust.

**Ein Reiche Betrügereien** verübte der Banker Karl Arthur Böhm. Der 33jährige Angeklagte war im Jahre 1917 als Angeklagter vom Militär entlassen und ist mehrfach vorbestraft. Am Oktober 1917 falschte er einen Krankenchein der hiesigen Christenkonfession und schickte damit das Institut um 20.20 M. Eine weitere Fälschung beging er mit der Legitimationkarte für einen Zugführer der Jugendwehr, die er mit seinem Namen verfaß. Mit Hilfe dieser Karte, die er als Legitimation benutzte, und eines selbstgeschaffenen Lises ging er sammeln für die Erhebungen des Verbandes für Jugendpflege. Im Januar hat er auch bei der Demoskopschaft auf dem Weihen Field gang häßliche Betrügereien gemacht; das erlangte Geld aber für sich verwendet. Zu den Sammelgängen brachte er sich bei einer hiesigen Kleiderverleiherin einen Wehr und einen Urbecher. Die Kleidungsverleiherin verstand es, nachdem er die Sammelgängen wieder eingestellt hatte. Die gemeinte Kat beging er aber im März, indem er seiner Schwiegermutter ihre familiären Ersparnisse, bestehend in 1000 M. Ersparnisse, abschwand und das Geld verbrannte. Die Frau hatte es mit ihrem verstorbenen Mann als Reingeldsträgerin in einem langen Leben mühsam erspart. Das Urteil lautete wegen Rückfallbetrugs, Diebstahls und Unterschlagung auf sechs Monate Gefängnis.

**Gewerkschaftsbewegung.**

**Die Arbeit der Generalkommission.**

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands unterbreitet den Verbandsvorständen in einer Druckchrift von 48 Seiten ihren Bericht für 1917, aus dem das Korrespondenzblatt einen längeren Auszug veröffentlicht. Diejenigen, die sich bisher für Arbeit durch eine jastom bekannte Methode der Verhandlungen und Diskreditierung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nicht trüben ließen — und das ist glücklicherweise die brüderliche Mehrheit der Arbeiterklasse — werden bei der Durchsicht dessen, was diese Körperschaft getan und zu tun versucht hat, nur darin bestärkt, daß die Wahrung der Arbeiterinteressen in guten Händen liegt. Die Anerkennung für diese im Interesse der gesamten Arbeiterklasse liegende Tätigkeit kommt wesentlich zum Ausdruck in dem erneuten Mitgliederanstieg der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1917. Dieser Aufstieg war nicht mehr und nicht weniger als die Erkenntnis der Nichtorganisierten, die in den Gewerkschaften die Vertreter ihrer Interessen erblickten, und zwar auf Grund des sichtbaren Erfolges der von diesen betriebenen Politik.

Die Tatsache, daß die führenden Männer der Gewerkschaften von Anfang an den Krieges planmäßig und energisch sich der Interessen der werktätigen Schichten annahmen und ein Zusammenwirken mit den Kontrollstellen der anderen Gewerkschaftsgruppen auf der verschiedensten Gebieten wesentliche Erfolge erzielten, konnte auf die Dauer auch in dieser trübseligen Kriegszeit nicht unbeachtet bleiben. Dieser Gedanke drängt sich dem unbefangenen Beurteiler unwillkürlich auf, wenn er in zusammengefaßter Form von dem Wirken der Generalkommission im abgelaufenen Jahre Kenntnis erhält.

Die Bemühungen um die Handhabung und im Interesse der werktätigen Schichten liegende Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, der Schlichtungsauflösung, des Eingreifens der Generalkommission in zahlreichen Fragen wirtschaftspolitischer Natur sowie die Bestreben auf Herbeiführung einer Versöhnung unter den Gewerkschaften aller Länder über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrage sind Handlungen im Sinne und Geiste echter Arbeiterpolitik.

Bemühungen wurden gegen die Generalkommission aus verschiedenen Organisationen erhoben, daß sie sich dem Volkstum für Freiheit und Vaterland angegeschlossen habe. Demgegenüber weist sie darauf hin, daß die Vereinigung aller Kräfte, die eine Versöhnung mit den anderen Völkern und den Aufbau des Staates auf der Grundlage des Rechts wollen, notwendig ist. Eine solche Vereinigung sei schon um desselben erforderlichen, weil in der gegenwärtigen Vaterlandspartei der Mittelpunkt der Kriegsvorkämpferströmung zu erblicken sei. Der Gewalt nach außen solle auch die Gewaltanwendung im Innern folgen.

Mit aller Klarheit und Entschiedenheit wendet sich die Generalkommission gegen diejenigen Kreise aus der Arbeiterklasse, die den Versuch machen, die Gewerkschaften zu einer von den gegebenen wirtschaftlichen Machtverhältnissen unabhängigen Politik zu bringen. In einer Spaltung der Gewerkschaften werde es trotz allen Herabwürdigungen und Verleumdungen der leitenden Kreise der Gewerkschaften auch in der letzten Phase des Krieges nicht kommen. Am wenigsten nach Kriegsende, wenn die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens den Arbeitern und Arbeiterinnen von den während des Krieges zu gewaltiger Machtstellung gelangten Unternehmerorganisationen eingepaukt werde.

**Das Tarifamt für Deutschlands Chemikalien und Kupfererz** zeigt in seinem Geschäftsbericht für die Jahre 1916 und 1917, welche Schwierigkeiten sich dem schwer danieliegenden Gewerbe in der Kriegszeit entgegenstellten. Vornam veranlassen die unangbar verteuerten Lebensverhältnisse das Tarifamt, den Gehältern mit Feuerungsanlagen ihre schwierige Lage zu erleichtern, zugleich aber auch, um dem Gewerbe die wenigen noch vorhandenen Gehältern nach Möglichkeit zu erhalten. Trotzdem zeigte die Ende 1917 aufgenommenen Statistik des Tarifamts, daß immer noch 78,16 v. D. der Gehältern einen monatlichen Lohn von 50 M. und darunter haben. Es ist das Elend des graphischen Kunstgewerbes in der Kriegszeit, das darin zum Ausdruck kommt. Zur Aufrechterhaltung des Gewerbes diente in der Hauptstadt auch der Verlust an Stelle der durch den Krieg verloren gegangenen Arbeitskräfte weibliche Arbeitskräfte auszulernen.

**Parteiangelegenheiten.**

**Zwei Jahre sozialdemokratische Schatzgrubezeitung.**

Mit ihrer Nummer vom 15. Mai beginnt die Sozialdemokratische Schatzgrubezeitung ihren 3. Jahrgang. Diese Nummer enthält u. a. einen Leitartikel „Ins dritte Jahr hinein“, Kriegsteilnehmer, Gefangenen und Reichspräsident, Krieg und Politik, Aus unserer Organisationen sowie das wie immer gut gezielte Bulletin von schmerzlicher Signif, ernster und erhellender Gedichte usw. Das Blatt kann für eine Platz beträchtlich bei jeder Postanstalt wie auch direkt beim Verlag für Sozialdemokratie, Berlin SW 68, bestellt werden.

**Nach den Organisationen.**

Der Sozialdemokratische Verein für den Kreis Dresden-Wees (Bezirk Niederhölsch) zählt bei Ausbruch des Krieges an Mitgliedern 1271. Durch den Krieg erreichte diese Zahl 1916 einen Höchststand von 589. Heute ist die Mitgliederzahl jedoch auf 1871 gewachsen. Wegen die höchste Mitgliederzahl ist dies ein Mehr von 601. Außerdem sind noch 376 Mitglieder als noch im Krieg definitiv gemeldet. Besonders erwähnenswert ist, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder jetzt um das Dreifache höher ist als in der Friedenszeit. Der Verein blüht von Anfang an des Krieges bis heute, was auch nach einem Restat des Kundtlichen Genossen Wegers aus der Zeitkonferenz wiederum zum Ausdruck kam, die Politik der Partei. Aus Anlaß des Arbeiterkongresses am dem Parteiblatte in Zwickau sind 43 Mitglieder aus der Kreisorganisation ausgeschieden. Der neue Organisationsstand ist aber schon lange vollständig eingeleitet. Die Abminderung der Parteizahlen im Kreise (Vollständiger Aufbau) war während der oppositionellen Haltung des Blattes auf die Hälfte der Friedens zurückgegangen und hat man den Mitgliederstand wieder um 700 überholt.

Der Arbeiterverein Bielefeld-Wiedenbrück hielt am Sonntag in Bielefeld seine Generalsammlung ab. Nach dem Bericht des Vorstandes hat der Verein im vergangenen (Geschäftsjahre) 820 Mitglieder mehr als im vorherigen; er zählt jetzt 600 männliche und 1226 weibliche, zusammen 6075 Mitglieder. Die Abminderung der Vollmacht ist um fast 1000, die der Kreiszahl um 187 gestiegen. Die Einnahmen betragen 20.643,45 M., die Ausgaben 16.040,88 M., so daß mit dem vorjährigen Saldo ein Rest von 2008,48 M. am 31. März die Kasse einen Bestand von 6075,31 M. aufwies. Der Jugendausschuss hatte an Einnahmen und Ausgaben 1129,02 M., die Arbeiter-Jugend hat 419 Abminderungen. — Generalsekretär sprach dann über: „Die politische Lage“ und betonte, wenn der Verband das gleiche Anrecht ableihen und die Regierung sich zu diesem Beluhle passiv verhalten würde, so müßte sich die Sozialdemokratie als aus der inneren Front herausgedrängt betrachten und es sei ganz selbstverständlich, daß sie daraus die notwendigen Folgen zu ziehen müsse.“

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Max Seiffert, Dresden-Gröben. — Druck und Verlag: Max S. Sachs, Dresden.

# Leben · Wissen · Kunst

## Ueberfluß.

Roman von Martin Andersen Nexø.  
Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen  
von Hermann Riß.

Natürlich, natürlich! Wir sind doch auch keine Schweine. — So, so, Stine konnte Sie nicht verstehen? Na ja, zu den Allerklärtesten gehört sie ja nicht. Aber wie haben Sie zu mal ins Haus geklettert und bringen's nicht übers Berg, Sie wozulagen, denn mahin soll so ein armes Frauenzimmer? Sie kann ja auch das Allergrößte im Hause tun, wenn man sie sich selbst überläßt. Und außerdem haben wir ja etwas davon, daß wir sie behalten; also geht es schon, alles in allem.

Sorget die Stadt für sie? fragte Karl.  
Nein, sie hat ganz wohlhabende Verwandte, die bezahlen für sie. Wir bekommen zweihundert Kronen im Jahr, und das ist auch nicht zu viel dafür, Irrenwärter zu sein.

Hat sie Anfälle?  
Ja, Nachanfalle. Sie macht überhaupt alles mit Gemütslichkeit ab. Ist das nicht erstaunlich? Je weniger Örtliche der Leute im Kopf haben, — er klopfte sich dabei mit dem Gummifinger auf den Kopf — desto zufriedener sind sie. Na, ich will im übrigen nicht flagen.

Trauen auf dem Hof erlösten Stimmen, und zwei Männer traten ein, ein ungeheures starkgebauter junger Mann und ein etwas älterer, groß und schlottig. Der jüngere, der voranging, grüßte Karl wiedererkennend.

Das ist mein Sohn, sagte der Mann.  
Ja, Sie doch hin, als Sie auf dem Dampf vorbeifahren, sagte er ihm in keuchendem Tone.

Na, dann waren Sie das wohl, der da weit draußen im Nord-Schweden, rief Karl mit einem Anflug von Verwunderung in der Stimme.

Schweden? ... Ja, der verfluchte Bursche ist bei allem dabei, was zu Kraft ankommt. Aber er ist auch danach gesund, was? Er ist übrigens damit geboren, denn er hat gut zu essen, als er zur Welt kam. Das war eine hässliche Nacht. Ich weiß noch, ich lieg...

Das ist so lange her, Vater, unterbrach ihn Nage.  
Gewiß, gewiß! Aber sonderbar ist es nicht desto weniger. Er wiegt fast ebensoviel wie meine Frau und ich zusammen, und er kann den Stuhl mit mir in den steifen Armen halten. — Sieh doch mal Herrn Bauber deine Kräfte!

Nage machte keine Miene, der Aufforderung nachzukommen, obwohl der Vater ihm wiederholt zurief.  
Es ist auch nicht nötig, sagte Karl. Ich habe schon eine vorzügliche Probe davon gesehen.

Ja, ja — der Bursche geniert sich. Es wäre Gedö zu verleben mit den Wiedmagen, wenn wir zum Beispiel brähen in der Scheune, 'ne kleine Erhöhung anrücken und ihn ein paar Proben davon ablegen lassen, was er kann. Das würde die Leute schon anziehn. Aber er ist leider nicht dazu zu bringen.

Der Große, Schlottige, hatte sich die ganze Zeit im Hintergrunde des Zimmers ausgehalten, jetzt trat er näher. Karl betrachtete ihn; ihm war, als müsse er diese lange Gestalt mit dem großen, roten Schnurrbart von früher her kennen; aber das Däpliche an dem Manne läuschte ihn wohl. Der Fremde verbeugte sich. Das ist ja Herr cand. phil. Bauber, nicht wahr? Mein Name ist Karl, stud. polyt. Wir haben uns doch mal getroffen.

Karl schwebte es dunkel vor, daß er in seinen ersten Lehrtagen ein- oder zweimal einen stud. polyt. Knabe getroffen hatte. Später war ihm allerlei Unannehmliches über ihn erzählt worden, und er hatte ihn dann ganz aus den Augen verloren. Aber das war nun schon eine Reihe von Jahren her.

Es war eine sehr flüchtige Bekanntschaft, sagte Karl und schaute ihm die Hand. Ich begreife nicht, daß Sie sich wieder noch erinnern.

Das kommt wohl daher, weil Sie unter denen, die ich kennen lernte, so ungefähr der einzige Student waren, der mich nicht angepöbelt hat.

Ein sonderbarer Grund, mich in Gedächtnis zu behalten! — Und Sie sind immer noch stud. polyt.?  
Herr Knabe juckte mit den Achseln.

Wannmal ist er auch stud. SUFF, sagte Nage lachend.  
Der Kandidat runzelte die Stirn:  
Mein Freund Nage hat zuweilen eine eigentümliche Art, seiner Freundschaft Ausdruck zu verleihen; das entspricht genau seinem Alter und Selbstgefühl. Jedoch erkenne ich seinen alten Willen in diesem Worte an. Getränkt ergriß er seinen Hut und ging hinaus. Nage eilte ihm nach.

Trinkt er? fragte Karl.  
Trinken — das tut er nicht. Aber mein Sohn ist —

Genauer gesagt — ein Knabe.  
Aber warum war er denn beleidigt?  
Ja, sehen Sie, er hat wannmal so seine Anfälle...

leben arbeiten oder dritten Monat. Dann richtet er sich ganz in der Welt, so fern und nobel er sonst auch ist. Denn für gewöhnlich ist er wirklich der eckelste Mensch unter der Sonne, und er verachtet Menschen, so daß man verstehen kann, daß er nicht gern daran erinnert wird.

Aber trug er denn nicht den Abstammungszettel? fragte Karl verwundert.

Doch, doch. Er ist der Labrador des Weines, und wir haben ihm für dieses zu danken, das können Sie glauben. Seien Sie, wenn die Anfälle sich nähern, meistert er seinen Charakter an; und dann geht es nach ja in Stücke nichts an, was er treibt. Hinterher, wenn er ganz eckel ist vor Stagnation und schlechtem Gewissen, können wir's ja nicht über uns bringen, ihm die Aufnahme zu verweigern. Das wäre zum gar nicht am Plage; denn wenn man die zwei, drei Tage hindurch ausnimmt, ist er unserer Sache in jeder Beziehung treu, und er hat dem Verein mehr als einmal über eine Geldsammlung hinweggeholfen. Und ein Charakter ist er. Wissen Sie: einmal, als der Anfall sich näherte und ich zufällig bereit war, schied er mir wahrhaftig die Rede von seinem Munde, wie ein Pfeil. Das hätten nicht viele getan. Aber ich nicht zu tun, wie natürlich das einem befallen kann — genau wie Cholera. Zuge... und fort,

die Dinge aus dem Hause... aber die Abmeldung unterlassen? ... Nein, Gedö ist Gedö! Im muß Ihnen sagen, ich war wirklich verärrt.

Haben Sie gemeint? fragte Karl spöttisch.  
Nein, was ich sagen wollte, mein Junge, — der Müllig sonst die See und die salzigen Bogen. Aber jetzt hat man hier in der Stadt eine Navigationschule errichtet, — und da haben wir gemerkt, er solle sein Stueemannergamen machen. Man ist seinen Kindern ja eine gute Erziehung schuldig, was anders kriegt er wohl kann mal von uns. Es fällt ihm ein bishen schwer mitzukommen, denn er hat nicht viel Ausdauer, wenn's heißt, über den Tischern zu sitzen; aber dann hilft Kandidat Karl ihm bei den schwierigsten Sachen. Das ist ja immerhin eine Erleichterung für den Jungen und kostet weder ihn noch uns was.

Die Sonne stand noch hoch, aber Karl war zu müde und matt, irgendetwas zu unternehmen, und er ging auf sein Zimmer.

In den folgenden Tagen war Karl Bauber häufig mit Nage Eriksen und dem Kandidaten zusammen, der täglich ins Abstinenzheim kam.

Er sah sich von Anfang an abgestoßen von Karl, der Idealist war und meinte, man müsse die strengsten, stiftlichen Forderungen an sich und seine Mitmenschen stellen, damit diese etwas hätten, zu dem sie aufblicken und dem sie nachstreben könnten.

Der Kandidat beschäftigte sich überhaupt stark mit der Verehrung der Menschheit; und wie man deutlich merkte, war er es gewohnt, daß die Leute zu ihm aufschauen als zu einer edlen, großdenkenden Natur.

Doch auf Karl wirkten seine weitgehenden Ideen sehr wohlfeil. An den ersten beiden Tagen ließ er sich auf einen Vorstoß mit ihm ein, aber er konnte diese Seminaristenpredigten nicht aushalten; daß Kunst und Literatur eben sein und leuchtende Vorbilder für die Menschen aufstellen müssen, die nach der Ansicht des Kandidaten offenbar gefallene Engel waren und bloß irdischen Geistes bedürften, sich wieder zu erheben. Er konnte rauch werden, wenn er auf Grund einer so leichten Auffassung diskutieren sollte, und er hielt sich für zu gut dazu.

Tram ging er schnell jeder ersten Erörterung mit dem Kandidaten aus dem Wege und hielt ihn sich mit kleinen zynischen Bemerkungen vom Leibe.

Nage dagegen war ihm inwärtlich. Er bewunderte die Geduld und Körperkraft des jungen Mannes und seinen völligen Mangel an allgemeinen Erwägungen. Hier war nichts zu finden von jenem geschwafeligen, allesumfassenden Geiste, der nicht das Fremde wechseln konnte, ohne es um der ganzen Menschheit willen zu tun — dagegen unmittelbare, gesunde Eigenliebe und ein fester Sinn für die wirklichen Güter des Lebens. Dieser Mensch ist nämlich, er überlegt mit dem Körper, dachte Karl, wenn er mit ihm sprach.

Doch sah er sich mit jedem Tage, der verstrich, immer weniger wohl in dem Abstinenzheim. Trotz seinen wiederholten Beschwerden wurde es mit der Reinlichkeit in seinem Zimmer nicht besser, und überall im Hause herrschte die größte Unordnung. Am Tage nach seiner Ankunft hatte er umten in der Küche etwas zu holen gesucht, und da hatte er gesehen, wie umhändert der Mann und das hübschmige Dienstmädchen bei der Zubereitung des Essens zu Werke gingen; und selbst wenn er es ihm nicht möglich, an irgendeiner Mahlzeit teilzunehmen. Er gab vor, der Knabe habe ihm strenge Tadel aufgesetzt, und beschränkte sich darauf, Milch und Weißbrot in seinem Zimmer zu nehmen.

Es fiel ihm auf, daß die Hausfrau sich nie der geringsten Reinlichkeit annahm, und daß man nie auf sie rechnen konnte. Sie ließ sich weder in der Küche noch bei Tisch sehen; aber so oft er ausging oder nach Hause kam, sah er eine Dame, die er für sie hielt, an einem der Fenster in dem Teil der Wohnung sitzen, der auf der anderen Seite des Logenwegs lag.

Der mißverständene Menschenfreund.

ck. Trotzdem die Zeit wahrhaftig nicht dazu angetan ist, sich neben den Kriegssorgen mit igeordneten Dingen des Alltags zu befassen, widmen jetzt die Pariserblätter einem Original namens Karl Bauber eine Reihe von Artikeln. Und selbst Leute, die in allem und jedem an den Geist der Zeit denken, werden bei näherer Betrachtung des Herrn Bauber zu geben müssen, daß er die Aufmerksamkeit wenigstens einiger Zeilen mit Jung und Recht in Anspruch nehmen darf. Dieser Karl Bauber ist ein Menschenfreund, im gewöhnlichen Sinne des Wortes, ein Philantrop, ein Mensch, der sich nicht umhorrelle Titel bekümmert, sondern, daß seine Menschenfreundlichkeit sich in praktischen Taten äußert, und daß seine Freundschaft mit seiner unerschütterlichen Hilfsbereitschaft besteht im letzten Friedensjahre und machte sofort bei sich reden. Einmal Nage wurden alle reichen Pariser eingeladen, zur Erholung ihres Körpers und ihrer Herzen das Sanatorium des Herrn Bauber, die Villa Jubence, zu besuchen.

Nur einen Monatspreis von nur 100 Fr. täglich sollte jeder durch August und September reichste Reiche in der Villa Jubence seine volle Lebenszeit und Lebenszeitigkeit wiederbekommen.

In diesem Zweck lud Barbotin seine Patienten ein, auf einem unbedeutenden, bescheiden Grundstück Holz zu sägen, Holz zu pflanzen, Gartenarbeiten zu machen, und um sie vollkommen zu heilen, ermunterte er sie auch, eigenhändig die Villa Jubence zu besuchen, die zu diesem Zweck besonders als Plan errichtete. Leider haben die unbedeutenden Patienten diese wahrhaft geniale Idee mißverstanden, und das Unternehmen endete nach kurzer Zeit mit einem allgemeinen Mißerfolg.

Dann brach der Krieg aus, und der menschenfreundliche Barbotin begann sofort eine patriotische Werbung im Hinterland. Hier grübelte er das patriotische Gefühl der Bewohnerschaft, trotz den bescheidenen Mitteln die Preisgeboten, die Gewinne und die Weine bescherten waren, um in dieser Zeit der Unzufriedenheiten mit gutem Beispiel voranzugehen. Da die Sache aber nicht das erwartete Ergebnis hatte, erließ Barbotin in seiner unerschütterlichen Menschenfreundlichkeit gleich darauf das 'Moralische Exposé', das bestimmt war, die verwerflichen Gedanken der Bevölkerung zu bekämpfen.

Auf der Bühne dieses Theaters wurde Abend für Abend das gleiche Bild gespielt: tings um einen Tisch saßen die Darsteller beim Klavierspiel, und man konnte den in Spieltheater ähnlichen Szenen beinahe. Im Hintergrund war ein gegen die Wand eine riesige Menschenmenge verankert, um aus diesem Bild die einwirkende Moral zu ziehen. Aber auch dieses Unternehmen wurde durch den Krieg mißlungen, man machte es nämlich dem guten Karl Bauber zum Vorwurf, daß die Darsteller keine Leute

were, die nicht den Zweck der Moral zu verfolgen, sondern nur den Zweck der Unterhaltung zu verfolgen. Trotzdem Barbotin einwandte, daß nur die vollkommen naturwissenschaftliche und realistische Kunst die Mense zu einer wirklich moralischen Wesenheit mache, waren die Behörden einhellig geneigt, ihn beleidigt zu schließen. Nach all diesen trüben Erfahrungen hätte jeder andere Mensch dem Entschluß gefaßt, seine Mitbürger von man an auf eigene Rechnung und nach eigenen Grundsätzen selb über unfelig werden zu lassen. Nicht so Barbotin, denn seine unerschütterliche Menschenfreundlichkeit keine Ruhe ließ. Er wandte sich nunmehr den armen Patienten zu, die nachts durch die verbummelten Straßen irren, ohne beim Mann einen sicheren Unterschlupf finden zu können. Barbotin mietete in einer belebten Straße ganz ausgezeichnete und sehr geräumige Kellerräume, er richtete sie geschmackvoll ein und brachte außer eine gewaltige blaue Laterne mit einer symbolischen Abbildung der Klammern an. Im Falle eines Kriegs können nun die Vorübergehenden sich verträglich in diesen Unterschlupf drücken. Sie haben nichts zu zahlen, nur ein wenig für die Erleuchtungen, die man ihnen verabreicht, und außerdem können sie mit eleganten Damen, die Barbotin eingeladen hat, geistreich plaudern und so die Stunden des Scheiterns vergeßen. Aber schon beginnt man den armen Barbotin wieder mißzuverstehen, die Behörden haben eine Untersuchung gegen sein Reiterunternehmen eröffnet. So wird denn Barbotin die Erlaubnis machen müssen, daß er in unferer Mittelmehr Zeit für einen weiteren Versuchsbau sein kann mehr etc.

## Schule und Volk.

Geheimrat Emil Abderhalden, Professor an der Universität Halle, führt darüber in einem Aufsatz, 'Erläuterung in den höheren Lehranstalten' folgendes aus:

Bleisch steht der Lehrer an höheren Schulen auf den Volksschulniveau herab, und auch im Publikum ist bleisch die Meinung verbreitet, als wäre der Lehrer den Schreien an oberen Schulen nicht ganz gleichgültig. In der Tat ist es leichter, in einem bestimmten Fach Schüler zu unterrichten, die bereits eine bestimmte Vorbildung hinter sich haben, als mit den Kleinen zu beginnen. Dieser hohen Berücksichtigung der Volksschullehrer mühte auch die Befolgung entsprechen. Bleisch ist im Publikum auch die Meinung verbreitet, als würde der Lehrer nicht genügend Arbeit leisten. Es wird die Schulzeit bleisch mit der Arbeitszeit identifiziert. Jeder, der unterrichtet, weiß, welche Anstrengung es erfordert, mehrere Stunden an einem Tage seine ganze Aufmerksamkeit auf einen bestimmten Stoff zu konzentrieren. Er wiederholt sich von Jahr zu Jahr, häufig hat ein Lehrer sogar den gleichen Stoff an gleichen Tagen oder doch in derselben Woche mehrfach gleichartig zu behandeln. Auch hier mühte eine Befreiung angestrebt werden. Gut unterrichten kann nur der Lehrer, der Interesse für das vorzutragende Fach hat. Er muß gleichgültig möglichst feil sein und in jeder Stunde gleichsam das Vorzutragende wieder frisch miterleben. Sobald jedoch der Schulbetrieb zu einer Art von Automatismus ausartet, dem stellt sich Unlust ein. Der gewaltige Stoff, der vorgelesen ist, zwingt den Lehrer, ohne Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit der Schüler in größter Eile vorzutragen zu haben, um ja das obligatorische Ziel zu erreichen. Der Lehrer wird nervös, abgelenkt, und sofort hat der ganze Schulunterricht unter dem sich herausbildenden Schmelzen zu leiden.

Eine Abkürzung in der Klasse des Stoffes würde auch hier bestmög eingreifen. Der Lehrer könnte den gegebenen Stoff in Ruhe verarbeiten und sich mehr, als es jetzt der Fall ist, der Zusammenfassung der einzelnen Klassen anpassen, das heißt er könnte individualisier unterrichten. Das bringt sofort eine persönliche Note mit sich und macht ohne weiteres dem Lehrer Interesse und Freude an Unterricht. Der Krieg hat uns vieles Neues gelehrt und manches, das wir weiter nicht mehr brauchen blähe, ins hellste Licht gerückt. Dazu gehört in erster Linie die gewaltige Arbeit der deutschen Schule. Die gesamte Scherschicht hat Grundlagen gelegt, die jetzt die schwersten Lasten aushalten. Ihre Lehren während des Krieges sind aber jedes Lob erhaben. Es ist nicht mehr wie recht und billig, wenn alle Kräfte daran mitwirken, ihr ihre Aufgabe in jeder Beziehung zu erleichtern...

## Jahresversammlung der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege.

In der am Dienstag im Volkshaus abgehaltenen Generalversammlung erläuterte der Vorsitzende, Genosse Junankisch, zunächst den Jahresbericht für 1917/18. Er führte aus:

Die Bildungsarbeit im Jahre 1917/18 fand selbstverständlich ebenso wie die der drei letzten Jahre unter der Umwicklung des Krieges. Und so konnte natürlich von einer glatten Abwicklung des Arbeiterbildungsprogramms keine Rede sein. Es mühte alles weiter eingeschränkt werden, weil erstens die Mittel nicht langten und dann auch der Geist der Zeit keinen Raum für ernste Bildungsarbeit gab. Alle die Veranstaltungen der Arbeiterkassen, die auf einen ernstlichen, belehrenden Ton stimmten waren, wurden schlecht oder weniger gut besucht, während sich die lustigen und heiteren Klänge eines sehr guten Besuchs erzeigten.

Die Veranstaltungen der VVK begannen mit einem Vortrag von Lotte Preisler, die Kinderlieder sang und durch Pantomime illustrierte. Die Veranstaltung war sehr schön besucht. Sehr viel Anklang fanden dagegen die folgenden drei Abende, in denen Volksschauspieler Hans Kögler, begleitet von Dr. Otto, Volksschauspieler Georg Honto und Helga Petri-Ränge (Lieder zur Pause) sowie Pantomimist Dr. Singemann und das Pantomime Trio wirkten.

Am 27. März fand eine Vorlesung von Karl Hauptmann 'Krieg' statt, für die die Vortragshilferin Elisabeth Brand (Berlin) gewonnen worden war. Dieser Abend war sehr schön besucht, trotzdem aus anderen Kreisen eine Anzahl Gäste erschienen war. Die Gefolge dieses Wunders werden sicher auch im neuen Geschäftsjahr zu ähnlichen Veranstaltungen Veranlassung geben. Der Vorsitzende dankte noch Frau Eva Wäcker für ihre selbstlose Mitarbeit, die viel zum Gelingen der Veranstaltungen beigetragen hat.

Die Jugenderhebung, die in den letzten Jahren ausschließlich Sache der VVK war, ist im vorigen Jahre auf andere Grundlagen gestellt worden. Selbstverständlich wurden auch im laufenden Jahr zur Förderung der Bildungsarbeiten der Jugend beträchtliche Mittel aufgewendet.

Die Volkshäuser, deren Trägerin ebenfalls die VVK ist, konnte auf dem bisherigen Wege nicht weitergeführt werden. Bei dem geringen Mitgliederbestand konnte ein Einfluß auf die Gestaltung des Spielplans nicht ausübt werden. Wir haben jetzt ein System, bei dem eigentlich keiner etwas erreichen wird, als das dem Volkshaus die wenig Geld unter Aufsicht einer bestimmten Kategorie Vorstellungen geboten werden, die es sich selbst ausbilden kann. Nebenbei wurden noch Theaterveranstaltungen, in denen wir nur einem Teil des Hauses belegen, geboten, die sich auch eines guten Besuchs erfreuten.

Aus dem vom Genossen Berndt erstellten Kassibericht war zu erfahren, daß Einnahme und Ausgabe 17.401,73 M. betragen und daß der Kassendebit von 1366,23 M. auf 1690,18 M. gestiegen ist. Unter den Einnahmen stehen an erster Stelle 600 M. freiwillige Beiträge, darunter 100 M. von der Stadt Dresden. Das Volkshaus weiß eine Einnahme von 2000,00 M. und eine Ausgabe von 2000,75 M. auf, das ist eine Mehrausgabe von 77,75 M. Dagegen überstieg beim Theaterfests die Einnahme von 1700,45 M. die Ausgabe von 2000 M.

am 25. 45 M. Das Volksbauernkonto brach bei 8779,50 M. Ein- nahme und 8792,49 M. Ausgabe einen Ueberschuß von 387,01 M. ...

Am 25. 45 M. über die Verichte wurde debattiert, daß die Verrechnung des Unterhaltungsbedarfs, allerdings im ...

Konzerte.

Deutsche Chormusik aus fünf Jahrhunderten nannte Albin ...

Dresdner Kalender.

Theater am 17. Mai. Opernhaus: Die Söhne der ...

einberufenen Herrn Robert Müller in den Vorkursen ...

Albert-Theater. Am 28. Mai verabschiedet sich Herr Julius ...

Kleine Mitteilungen.

Die Immatrikulation von Ausländern in Sachsen. An den ...

Wolff Reinhold, der Altmaler der deutschen Kinderzeitsunde ...

Die Renten- und Pensionen für deutsche bildende ...

Gingegangene Druckschriften.

Von der Gleichheit. Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiter ...

Arbeiterjugend. Die beiden erschienenen Nr. 10 des ...

In freien Stunden. Von dieser illustrierten Wochenzeitung ...

Versammlungen.

6. Kreis. Bezirk Eddau. In der aufgeschobenen Jahresver ...

Briefkasten.

Alter Abonnent. Für das uneheliche Kind könnte unter ...

U. U. G. Der Annoncenbüro ist nicht nur berechtigt, die ...

U. U. G. Der Annoncenbüro ist nicht nur berechtigt, die ...

U. U. G. Der Annoncenbüro ist nicht nur berechtigt, die ...

U. U. G. Der Annoncenbüro ist nicht nur berechtigt, die ...

U. U. G. Der Annoncenbüro ist nicht nur berechtigt, die ...

Telephon 14 980 [A 14] Linien 5 u. 7. Tymiens Thalia Theater. Göttinger Str. 8. Anfang 8 Uhr. Sonntag 2 Vorstell.

Radeberger Gutfabrik Dresden-A. Moritzstr. 3. Größtes Spezialhaus für garnierte und ungarnierte Damen- u. Kinderhüte am Platze. Achtung! Besonders günstiges Angebot! Großer Hutformenverkauf zu billigen Preisen.

Zerriffene Strümpfe. Demden, Sosen usw. werden seit 18 Jahren in der ...

Meinholds Routen-Führer. Die Sächs.-Böhm. Schweiz 2.00. Nördliches Deutschböhmen 3.00. Dresdens Umgebung 2.50.

Hofbrauhaus Dresden empfiehlt seine ausgezeichneten gehaltvollen Biere.

Praktischer Wegwaiser u. empfehlenswerte Geschäfte. Dresdner Beerdigungs-Anstalten Pietät u. Heimkehr.

Wald- und Holzwaren. Dresden-Striesen. Dresden-Chineu. Rudolf Eickler.

Max Rich, Kartig. Nicolai-Bräuerei. Spalteholz & Mey.

Werkzeuge, Beschläge, Geräte. Hecker's Sohn. Automa. Wksdruckerstr. 25.

Kaufhaus Haller. Fr. Günther. Klemmermeister.